



# Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.  
25. Jahrgang | Nr. 1 / 2020

*Am 3. März tagte letztmalig vor dem 11. Altenparlament das Organisationskomitee zur Vorbereitung dieses wichtigen gesellschaftspolitischen Treffens. Beschlossen wurden die entsprechend der eingegangenen Änderungsvorschläge überarbeiteten drei Leitanträge und eine Resolution, die nun mit der Einladung zum Altenparlament am 23. April im Schweriner Schloss allen Delegierten zugeschickt werden. Wir nutzen die heutige Ausgabe dazu, um diese Dokumente allen interessierten Senioren zugänglich zu machen, damit sie sie mit ihren Delegierten aus den Vereinen und Verbänden und Seniorenorganisationen ausgiebig diskutieren können.*

## Zum Thema „Altersarmut in Mecklenburg-Vorpommern vermeiden“

Unter Berücksichtigung der Resolution des 9. Altenparlaments „Gesetzliche Rente stärken – Altersarmut verhindern“ und des Abschlussberichts der Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ fordert das 11. Altenparlament den Landtag und die Landesregierung auf:

**1.** Da die Ursachen der Altersarmut insbesondere durch Entscheidungen der Bundesregierung beeinflusst werden, möge die Landesregierung auf die Gremien des Bundes dahingehend hinwirken:

**1.1** Die umlagefinanzierte solidarische Rentenversicherung muss auch in Zukunft mehr als eine zu Altersarmut führende Grundsicherung im Alter sein.

**1.2** Der gesetzliche Mindestlohn ist so zu gestalten, dass er bei einem Erwerbsleben von

45 Jahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung bietet.

**2.** Maßnahmen gegen die wachsende Altersarmut im Bundesland und geeignete Rahmenbedingungen für die soziale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum für von Altersarmut bedrohte und betroffene ältere Menschen schaffen, sichern und verbessern. Dafür ist insbesondere erforderlich:

**2.1** Die Landesregierung wird eindringlich aufgefordert, eine Untersuchung zum zu erwartenden Umfang der Altersarmut in den verschiedenen Landesteilen auf der Datengrundlage der Deutschen Rentenversicherung (auf Alterskohorten bezogen) in Auftrag zu geben. Dies ist die Voraussetzung für eine konkrete Sozial- und Infrastrukturplanung und

*Fortsetzung auf Seite 3*



### Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des „Seniorenkuriers“,

im Januar erhielten wir den Zuwendungsbescheid zur weiteren Förderung des Projekts „Senioren sicherheitsberater“ durch den Landesrat für Kriminalitätsvermeidung M-V. Die Provinzial Versicherung unterstützt dieses Projekt ebenfalls auch in diesem Jahr. Die Wichtigkeit dieses Projekts wurde in den letzten Wochen deutlich sichtbar in der Berichterstattung der Medien über die Arbeitsweise der Abzockerbanden. Skrupellose Gangster haben es auf die Spargroschen der älteren, teilweise hilflosen Menschen abgesehen und keine Hemmungen, als falsche Polizisten oder Staatsanwälte zu agieren. Wir können nur all unseren Partnern anbieten: Nutzen Sie die Hilfe und Unterstützung der vielen Seniorensicherheitsberater. Näheres erfahren Sie bei den Kreispräventionsräten Ihres Landkreises.

Am 23. April findet unser 11. Altenparlament statt. Gegenwärtig läuft die Diskussion der Beschlussetwürfe. Beteiligen Sie sich an der Diskussion, geben Sie Ihre Vorstellungen den Delegierten Ihrer Organisation mit auf den Weg. Die Abrechnung der Beschlüsse des 10. Parlaments durch die Fraktionen des Landtages und die Landesregierung ist angefordert. Wir werden diese auf unserer Homepage veröffentlichen und allen zugänglich machen. Informieren Sie sich, stellen Sie den Abgeordneten Ihres Wahlkreises Ihre Fragen. Dieses Jahr wird der Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune in MV“ wieder durchgeführt. In wenigen Tagen erfolgt die öffentliche Ausschreibung des Wettbewerbs. Wir fordern alle Seniorenbeiräte auf, in ihren Kommunen auf die Teilnahme am Wettbewerb Einfluss zu nehmen. Jede Beteiligung ist gleichzeitig auch die Möglichkeit, einmal über den Erfolg der eigenen Arbeit Bilanz zu ziehen und auch von den Erfahrungen anderer Teilnehmer zu lernen. Das sollte es uns wert sein. Ich wünsche Ihnen bei Ihrer Bewerbung viel Erfolg.

*Bernd Rosenheinrich  
Vorsitzender des*

*Landesseniorenbeirats M-V e. V.*

#### Aus dem Inhalt

Seite	5	<b>Seniorenfreundliche Kommune gesucht</b>
Seite	25	<b>Aus Landkreisen und Städten</b>
Seite	36	<b>Was ist mit den Heimbeiräten los?</b>



**pflegeheld** hab heute schon 3 neue follower 🍊 #🐌tempo  
#generalistik #meinegangistcooleralsdeine #vitanasgruppe  
#azubi2020 for more 🍊 @www.vitanas.de/karriere

## BRAUCHST DU NOCH MEHR GRÜNDE?

Du arbeitest mit Menschen – jeder ist einzigartig und besonders. **#noLangeweile**

Du erfährst Dankbarkeit. Freundliche Worte und ein Lächeln bestärken einen immer wieder darin, genau das Richtige zu tun. **#gebenundnehmen**

Deine Arbeit ist unverzichtbar. Du übernimmst verantwortungsvolle Tätigkeiten und verbesserst die Lebensqualität anderer Menschen. **#Dubistwichtig**

In der Pflege gleicht kein Tag dem anderen. Moderne Entwicklungen und Neuheiten sorgen dafür, dass Du ständig dazulernst. **#schlaumeise**

Selbstständiges Arbeiten ist enorm wichtig, doch gleichzeitig sorgt ein funktionierendes Team für einen reibungslosen Ablauf. **#neverwalkalone**

Du erlernst einen krisenfesten Beruf mit sicherer Jobperspektive und erhältst eine sehr gute Ausbildungsvergütung. **#moneyisking**

**MELDE DICH JETZT!**

**WIR FREUEN UNS DICH KENNENZULERNEN!**

**Vitanas Senioren Centrum Im Casino**  
Pfaffenstraße 3 | 19055 Schwerin  
☎️ (0385) 575 66 - 0 | [vitanas.de/imcasino](http://vitanas.de/imcasino)

**Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten**  
Adam-Scharrer-Weg 12 | 19053 Schwerin  
☎️ (0385) 51 19 - 0 | [vitanas.de/amschlossgarten](http://vitanas.de/amschlossgarten)

Fortsetzung von Seite 1

ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen.

**2.2** Durch die Landesregierung ist zu sichern, dass die sechs Landkreise und die beiden kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern kommunale Altenhilfepläne auf Grundlage von § 71 SGB XII mit konkreten Leistungsbeschreibungen entwickeln. Hier ist mit den kommunalen Seniorenbeiräten und den örtlichen Vertretern der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern zusammenzuarbeiten.

**2.3** Die Landesregierung fordert die Kommunen im Zusammenwirken mit dem Land auf, tragfähige Konzepte zur Stärkung der Grundzentren und Verbesserung der Angebotsinfrastruktur zu entwickeln. Hier sollen auch innovative, noch nicht erprobte Modelle getestet und evaluiert werden.

**2.4** Die Landesregierung sichert ein bedarfsgerechtes mobiles Sozialberatungsangebot und die entsprechende Finanzierung für die Verbände der Wohlfahrtspflege. Aufgrund der territorialen Ausdehnung darf es nicht pauschal bei einem mobilen Beratungsangebot pro Kreis bleiben. Zu berücksichtigen ist ebenso eine fachberatende Unterstützung für Sozialberaterinnen und Sozialberater aufgrund der Ausdifferenzierung und Komplexität des sozialen Leistungsrechts. Die Beratungsergebnisse sollen begleitend evaluiert werden, um auf gesicherter Grundlage eine fach- und bedarfsgerechte Fortentwicklung des Angebots sicherzustellen.

**2.5** Die Landesregierung ist aufgefordert, aufgrund der dramatisch wachsenden Verschuldung älterer Menschen das Beratungsangebot der Schuldnerberatung den speziellen Anforderungen dieser Altersgruppe anzupassen.

**2.6** Im Rahmen der Pflege- und Sozial-

planung werden die Landesregierung und die Kommunen aufgefordert, für ein bedarfsgerechtes Angebot an bezahlbaren Einrichtungen für betreutes Wohnen und bezahlbare barrierefreie Sozialwohnungen in allen Landesteilen zu sorgen. Die Einrichtung und Förderung einer Senioren-genossenschaft (Pilotprojekt) wird eindringlich gefordert.

**2.7** Um die Teilhabe der von Armut betroffenen älteren Menschen am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten und zu sichern, sind entsprechend kostengünstige Angebote im ÖPNV, in Kultur, Sport und lebenslangem Lernen vorzuhalten. Die finanzielle Förderung von freiwilligen Aufgaben zur Unterstützung von Vereinen, Erhalt von kulturellen und sportlichen Einrichtungen, von niedrigschwelligen Kontakt- und Begegnungsstätten für alle Generationen, wie z. B. Mehrgenerationenhäuser, Familienzentren, Gemeindetreffs u. a., sind zu sichern und nachhaltig zu gewährleisten, um Vereinsamung entgegenzuwirken.

## Zum Thema „Wohnen im Alter – insbesondere im ländlichen Raum – Rückkehr in die eigene Wohnung nach einem Krankenhausaufenthalt“

Der Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine „Rückkehr in die eigene Wohnung nach einem Krankenhausaufenthalt“ hinzuwirken. Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

**1.** Die Bildung von notwendigen Kooperationen unter den an der sektorübergreifenden Versorgung beteiligten Stellen unter Einbeziehung der Wohnungswirtschaft, der Pflegestützpunkte und der Kommunen, damit vorausschauend passgenaue Lösungen entstehen und vorgehalten werden.

**2.** Die Vorhaltung von barrierefreien Ausweichquartieren durch die Wohnungswirtschaft, damit notwendige Umbaumaßnahmen in der Wohnung zwischenzeitlich durchgeführt werden können und die anschließende

Rückkehr in die eigene Wohnung ermöglicht wird. Wohnberatung und Aufklärung über Fördermöglichkeiten sollten auch von den Pflegestützpunkten angeboten werden.

**3.** Die Schaffung von Kurzzeitpflegeplätzen in ausreichender Anzahl, damit diese im Bedarfsfall flächendeckend zur Verfügung stehen.

**4.** Errichtung und Koordinierung regionaler „Pflege-Notdienste“ über Modellvorhaben, um für einen Übergangszeitraum nach einer Krankenhausbildung die notwendige ambulante Pflege flächendeckend zu gewährleisten.

**5.** Stationäre Rehabilitationsmaßnahmen nach dem Prinzip „Reha vor Pflege“ können dazu beitragen, Pflegebedürftigkeit zu vermeiden bzw. hinauszuzögern und damit den Betroffenen ggfs. auch weiterhin ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häus-

lichkeit ermöglichen. Sie sollten deshalb im unmittelbaren Anschluss an die Krankenhausbehandlung häufiger genutzt werden. Die Finanzierungsverantwortung soll über eine entsprechende Bundesratsinitiative der Pflegeversicherung übertragen werden, weil ihr der Nutzen der Rehabilitationsmaßnahme zugute kommt.

**6.** Hilfsbereite Nachbarn werden insbesondere für Alleinstehende benötigt, wenn es z.B. darum geht, die aus der stationären Versorgung nach Hause kommenden Menschen in Empfang zu nehmen, sie in den ersten Tagen zu umsorgen oder auch nur „nach ihnen zu schauen“.

**7.** Die Einbeziehung der Wohnungswirtschaft in das Projekt „Nachbarschaftshelfer“, damit auch Angebote aus dem vertrauten Wohnungsumfeld zur Verfügung stehen

**8.** Die Vernetzung aller Akteure vor Ort.

## Zum Thema „Sicherstellung von analoger Teilhabe in digitalen Zeiten“

Landtag und Landesregierung werden aufgefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, welche weiterhin die analoge Teilhabe an der modernen Mediengesellschaft ermöglichen. Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

**1.** Die Aufrechterhaltung von analogen Zugängen bei Behörden trotz dortiger Umstellung auf Digitalisierung.

**2.** Der Zugang zu Dienst- und Versorgungsleistungen muss auch analog bereitgestellt werden.

**3.** Betreute Zugänge zu digitalen Medien sind in speziellen Wohnanlagen für Seniorinnen und Senioren einzurichten.

**4.** Die Wirtschaft ist angehalten, bei fortschreitender Digitalisierung stets auch vergleichbare analoge Möglichkeiten anzubieten.

**5.** Parteien, Vereine und Verbände sollen verpflichtet werden, die Kommunikation mit allen Mitgliedern – egal ob analog oder digital – zu gewährleisten.

**6.** Zusatznachrichten und Informationen im Fernsehen dürfen nicht nur digital, sondern auch analog abrufbar sein.

## Resolution für ein Jugendmitwirkungsgesetz in M-V

### Mehr Mitsprache für die Jugend unseres Landes – gesetzlich garantiert durch ein Jugendmitwirkungsgesetz M-V

Wir fordern den Landtag Mecklenburg-Vorpommern und die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf, der Jugend unseres Landes mehr Vertrauen entgegenzubringen und zu den sie betreffenden Problemen und Entwicklungen eine garantierte Mitsprache über ein Jugendmitwirkungsgesetz zu ermöglichen.

Die demografische Entwicklung und der damit verbundene Wandel der Altersstruktur werden auch in den kommenden Jahren in Mecklenburg-Vorpommern zu weiteren tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaft führen. Die geringeren Geburtenzahlen, die deutlich steigende Lebenserwartung und die Abwanderungen vor allem jüngerer Menschen bewirken auch künftig signifikante Umbrüche in der Altersstruktur. So wird sich die Bevölkerung des Landes im Jahr 2040 aus weniger jungen Menschen und deutlich mehr älteren Menschen als gegenwärtig zusammensetzen. Der Anteil der unter 18-Jährigen wird sich gegenüber 2017 um weitere 3,9 % verringern und der Anteil der über 65-Jährigen um weitere 28,2 %, erhöhen. Daraus ergeben sich an der Gesamtbevölkerung 15,3% unter 18 Jahre und 32,5% über 65 Jahre im Jahr 2040.

Bis 2009 bestand für eine ständig wachsende Bevölkerungsgruppe die Forderung, die Teilhabe und Gestal-

tungsmöglichkeiten der älteren Generation in der Landespolitik gesetzlich zu regeln. Mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz wurde 2010 dieser Forderung entsprochen und die Teilhabe und Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren sowie ihrer Vertretungen verbindlicher als vordem geregelt. Seitdem haben sich die Senioren aktiv in die Landespolitik eingebracht. Ca. 150 Stellungnahmen wurden zu Gesetzentwürfen und Verordnungen sowohl bei der Landesregierung als auch bei den Ausschüssen des Landtages eingebracht. Von 2012 bis 2016 wirkten Vertreter der Seniorinnen und Senioren in der Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ mit. Auch dort wurde deutlich, dass unser Land und damit auch die Senioren nur eine gesicherte Perspektive haben, wenn es gelingt, die Jugend im Land zu halten.

Auf dem 8. Altenparlament bot ein Vertreter des Landesjugendrings den Delegierten eine engere Zusammenarbeit mit der Jugend des Landes an. „So sollte es Sie auch nicht verwundern, dass wir uns als Landesjugendring eine Zusammenarbeit mit Ihnen wünschen, und zwar zu und in einem gemeinsamen Engagement. Denn junge Menschen und ältere Menschen und auch ganz alte Menschen haben viel gemeinsam in ihrem En-

gagement, besonders aber haben sie im ländlichen Raum in M-V ähnliche Probleme.“ Diese ausgestreckte Hand wurde ergriffen. Es folgten Generationendialoge zu unterschiedlichsten Themen. Schnell wurde deutlich, dass bezahlbares Wohnen, Mobilität, Bildung, Digitalisierung, Armut oder Integration in allen Generationen aktuell sind. In den Formaten „Jugend im Landtag“ oder „Jugend fragt nach“ sowie in den Generationendialogen wirkten die Jugendlichen verantwortungsbewusst, sachlich und kompetent mit. Dies wurde den beteiligten und angehörten Senioren ebenso in der Anhörungsreihe „Jung sein in M-V“ in den Jahren 2018 und 2019 im Sozialausschuss deutlich.

Mit einem Jugendmitwirkungsgesetz wird die bisherige verantwortungsbewusste und kompetente Arbeit junger Menschen im Land sowie der sie unterstützenden Strukturen Landesjugendring, Stadt- und Kreisjugendringe, kommunale Jugendvertretungen (Kinder- und Jugendparlamente, -räte, -beiräte) sowie das Kinder- und Jugendbeteiligungsnetzwerk entsprechend gewürdigt. Insbesondere vor dem Hintergrund der skizzierten demografischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern fordern wir den Landtag auf, ein Jugendmitwirkungsgesetz zu be-

schließen und so den jungen Menschen im Land zu garantieren, dass sie entsprechend ihrer Erfahrungen, Bedürfnisse und Lebenslagen demo-

kratische Rechte und Pflichten wahrnehmen und ausüben können. Mit der Aufnahme der Senioren- und Behindertenbeiräte und der Jugend-

vertreter in die Kommunalverfassung erhielten die Mitwirkungsrechte auf kommunaler Ebene einen verbindlichen Charakter.

## Seniorenfreundliche Kommune in M-V gesucht

Einsendeschluss für fünften Wettbewerb am 30. Juni 2020

Das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung schreibt in Zusammenarbeit mit dem Landesseniorenbeirat zum fünften Mal den Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune in Mecklenburg-Vorpommern“ aus. „Der Wettbewerb soll zur Fortentwicklung einer seniorenfreundlichen Gestaltung des Lebensumfeldes auf kommunaler Ebene beitragen“, betont Sozialministerin Stefanie Drese. „Ziel ist es, in den Städten und Gemeinden das Bewusstsein für die Belange älterer Menschen zu stärken und gute Beispiele bekannt zu machen“, so Drese. Gesucht, bewertet und dokumentiert werden Konzepte, die die Teilnahme von älteren Menschen am öffentlichen Leben verbessern, altersgerechte Angebote machen, ihnen im Alltag Unterstützung geben und zum generationsübergreifenden Miteinander beitragen. Es kann sich dabei um Gesamtkonzepte mit ganzheitlichem Ansatz (wie ein „Seniorenpolitisches Gesamtkonzept“) oder um Konzepte für einzelne Vorhaben in den Handlungsfeldern „Gestaltung des öffentlichen Raums/ der Infrastruktur“, „Seniorenrechte Angebote“ und „Wohn- und Lebensgestaltung“ handeln, die den genannten Zielen entsprechen. Die Konzepte und Vorhaben können bereits realisiert worden sein oder in naher Zukunft umgesetzt werden.

Drese: „Ausgezeichnet werden Städte und Gemeinden, die sich besonders hervorheben mit innovativen und zugleich nachhaltigen Lösungen zu mehr Seniorenfreundlichkeit.“ Durch die Vorstellung seniorenfreundlicher Konzepte und Vorhaben sollen nach Vorstellung von Ministerin Drese zudem andere Städte und Gemeinden



Stolze Preisträger der ersten Plätze im letzten Wettbewerb 2017

zur Nachahmung angeregt werden. Darüber hinaus soll der Wettbewerb die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen einzelnen Initiativen, Trägerstrukturen, Projekten und den Kommunen befördern.

### Teilnahme

Am Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune in Mecklenburg-Vorpommern“ können sich alle Städte und Gemeinden des Landes Mecklenburg-Vorpommern beteiligen. Bewerbungen von Städten und Gemeinden, die sich bereits an vorangegangenen Wettbewerben beteiligt haben, sind möglich. Im Rahmen der Teilnahme am Wettbewerb sollen insbesondere Seniorenvertretungen sowie sonstige Akteure mit seniorenrelevantem Bezug einbezogen werden. In den Kategorien werden die Plätze 1 bis 3 mit einer Urkunde und einem Preisgeld in Höhe von insgesamt 10.000 Euro geehrt. Darüber hinaus kann ein Innovationspreis mit einem Preisgeld von 1.000 Euro vergeben werden.

### Bewertungskriterien

Die Bewertung erfolgt in drei Kategorien je nach Einwohnerzahl wie folgt:

- Kategorie 1: bis 3 000 Einwohner/-innen,
- Kategorie 2: 3 001 bis 8 000 Einwohner/-innen,
- Kategorie 3: über 8 000 Einwohner/-innen.

### Inhaltliche Bewertungskriterien:

1. Vorhandensein einer Bedarfsanalyse bzw. Bedarfsbefragung
2. Einbindung des Konzeptes in eine kommunale Gesamtkonzeption
3. Verbindlich vereinbarte Vernetzung und Kooperation der verschiedenen Akteure zur Umsetzung des Konzeptes
4. Sicherung der Nachhaltigkeit und Einsatz von Instrumenten des Qualitätsmanagements/ Evaluation

### Beispiele

für eine seniorenfreundliche Kommunalpolitik sind u. a.:

- Einbeziehung von älteren Menschen am kommunalen und gesellschaftlichen Leben (z. B. durch Unterstützung von Aktivitäten für ältere Menschen im Rahmen demokratischer Mitwirkung, Unterstützung und Anerkennung von bürger-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

schaftlichem Engagement, kostenlose Bereitstellung von Räumen für Veranstaltungen und von Haushaltsmitteln),  
 • ein bedarfsgerechtes Lebensumfeld für ältere Menschen (z. B. Angebote für Wohnen im Alter, Hilfen im Alltag, Dienstleistungsangebote im Nah-

bereich, Sicherung der Mobilität, Freizeit-, Sport-, Bildungs- und Unterstützungsangebote, städtebauliche und sicherheitsfördernde Maßnahmen),  
 • ein generationsübergreifender Zusammenhalt (z. B. Nachbarschaftshilfe, Familienpatenschaften, „Leihgroßeltern“).  
 Bewerbungen können bis zum 30. Juni 2020 beim Ministerium für Soziales, Inte-

gration und Gleichstellung eingereicht werden. Die Entscheidung über die Vergabe der Auszeichnungen trifft eine aus sieben Personen bestehende Jury.  
 Weitere Informationen: z. B. über einzureichende Bewerbungsunterlagen, den Bewerbungsbogen und die Jury sind auf der Homepage des Sozialministeriums unter [www.sozial-mv.de](http://www.sozial-mv.de) abrufbar.

## Dank an die drei Arbeitsgruppen

### Aktionsbündnis für Gesundheit beschloss Gesundheitsziele für MV

Anfang Dezember fand eine Plenumsitzung des Aktionsbündnisses für Gesundheit MV im Schweriner Rathaus statt, an der vom Landessenorenbeirat Bernd Rosenheinrich teilnahm. Im letzten Jahr ist es drei Arbeitsgruppen sowie der Steuerungsgruppe nach vielen arbeitsreichen Sitzungen gelungen, Gesundheitsziele für unser Bundesland zu formulieren. Jahrelange Diskussionen gingen voraus, bevor 2019 diese Arbeitsgruppen gebildet und diese Ziele umfassend diskutiert und analysiert wurden. Die Arbeitsgruppe 1 erarbeitete Ziele zu „Gesund aufwachsen in MV“, die Arbeitsgruppe 2 zu „Gesund leben und arbeiten in MV“ und die Arbeitsgruppe 3 zum Thema „Gesund älter werden in MV“. Leiter der Arbeitsgruppe 3 war Prof. Helmut Pratzel. Der Landessenorenbeirat war vertreten durch Monika Schmidt als Vorstandsmitglied und Leiterin der AG „Gesundheit/Pflege/Wohnen im Alter“ des LSB sowie durch Dr. Georg Weckbach, Vorsitzender des Seniorenbeirats der Hansestadt Stralsund und Leiter der AG „Sport und Prävention“. Die Aufgabe bestand darin, entsprechend der Bundesrahmenempfehlung der Nationalen Präventionskonferenz Ziele zu erarbeiten für „Gesund älter werden in MV“ unter Berücksichtigung folgender Gesetze Pläne und Empfehlungen:

• Gesundheitsziele für Kinder und Jugendliche „Chancengleich gesund aufwachsen in Mecklenburg-Vorpommern“ 2012 bis 2017

• Landesaktionsplan Gesundheitsförderung und Prävention MV 2008  
 • Präventionsgesetz vom 17. Juli 2015  
 • Landesrahmenvereinbarung zur Umsetzung der Nationalen Präventionsstrategie gemäß § 20f SGB V im Land Mecklenburg -Vorpommern vom 16. Januar 2017 und  
 • Nationale Gesundheitsziele des Kooperationsverbunds „gesundheitsziele.de“  
 Folgende Gesundheitsziele für unser Land für die Lebensphase „Gesund älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ wurden beschlossen:

1. Ältere Menschen führen ein selbstbestimmtes und gesundheitsorientiertes Leben (Aufbau, Erhalt, Stärkung, Wiederherstellung)
  - 1.1. Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe und Vermeidung von Isolation
  - 1.2. Verbesserung der Gesundheitskompetenz und Minderung gesundheitlicher Risiken
  - 1.3. Erhalt bzw. Verbesserung der körperlichen Aktivität bzw. Mobilität
  - 1.4. Förderung gesunder Ernährung
  - 1.5. Erhalt bzw. Verbesserung der Mundgesundheit
  - 1.6. Förderung der psychischen Gesundheit
  - 1.7. Reduzierung von Suchterkrankungen
  - 1.8. Demenzvorbeugende Maßnahmen sind etabliert und frühzeitige Erkennung demenzieller Erkrankungen ist ebenso wie die adäquate Versorgung und Entstigmatisierung

von Menschen mit demenziellen Erkrankungen verbessert.

2. Eine flächendeckende interdisziplinäre (u.a. medizinische, pflegerische und psychosoziale) Versorgung ist gesichert
  - 2.1. Weiterentwicklung und Umsetzung des Geriatrieplans des Landes
  - 2.2. Schaffung effizienter Versorgungsstrukturen und flankierender Maßnahmen, besonders im ländlichen Raum (u.a. Erreichbarkeit von medizinischer Versorgung)
  - 2.3. Ausbau der Pflege- und Wohnberatung
  - 2.4. Verbesserung der Unterstützung für pflegende Angehörige
  - 2.5. Schaffung bedarfsorientierter Wohnkonzepte und Ausbau altersgerechter Wohnformen (auch bedarfsorientiert für psychiatrisch erkrankte Menschen) und Pflegeeinrichtungen
  - 2.6. Verbesserung der Situation der Gesundheitsberufe, insbesondere des Pflegefachpersonals
  - 2.7. Sicherung bedürfnisorientierter Palliativversorgung

Das Plenum sah mit den vorgelegten Ergebnissen die Arbeitsaufträge der drei Arbeitsgruppen „Gesund aufwachsen in MV“, „Gesund leben und arbeiten in MV“ und „Gesund älter werden in MV“ als erfüllt an. Das Plenum dankte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie der Sprecherin und den Sprechern der Arbeits-

gruppen für die engagierte Arbeit und löste die Arbeitsgruppen auf. Der Gesundheitszieleprozess wird 2020 kontinuierlich fortgeführt. Das Plenum dankte den Mitgliedern der Steuerungsgruppe für die zielführende Unterstützung der Arbeitsgruppen und die Begleitung des Zieleprozesses

und sprach diesen auch das Vertrauen für die weitere Arbeit an den künftigen Aufgaben aus. Als nächstes werden sie ein Konzept für die weitere Arbeit des Aktionsbündnisses für Gesundheit inklusive der Rolle und Ausrichtung des Aktionsbündnisses für Gesundheit erarbeiten. Dieses Konzept soll auch Vor-

schläge für die Einsetzung neuer Arbeitsgruppen und deren Aufgaben enthalten. Es wird dem Plenum im zweiten Quartal dieses Jahres vorgelegt. Im III. Quartal werden dann voraussichtlich die Arbeitsgruppen neu berufen und nehmen danach ihre Arbeit auf.

*Bernd Rosenheinrich*

## Erinnern, Betrauern, Wachrütteln

### Landesweite Gedenkveranstaltung in Güstrow für die Opfer der NS-„Euthanasie“

„Nur wenn die ‚Euthanasie‘-Toten uns ohne Unterlass an die stets offenen Wunden der Psychiatrie erinnern, sind sie vielleicht nicht umsonst gestorben.“ Dieses Wort von Prof. Dr. Klaus Dörner bei der gleichnamigen Veranstaltung 2009 in Rostock stand auch in diesem Jahr gleichsam als Motto über dem Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar. Es gibt ihn offiziell seit 1996 in Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 70 Jahren. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen erklärte ihn 2005 zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust, in unserem Bundesland gibt es ihn seit 2008. Er gilt einer lange Zeit tabuisierten Opfergruppe: Menschen mit psychischen oder anderen Erkrankungen, geistigen und körperlichen Behinderungen, die im Rahmen der sogenannten Erbgesundheitsgesetze und der T4-Aktionen in der Zeit des Nationalsozialismus umgebracht oder dauerhaft geschädigt wurden.

Der seit 2010 vom Landesverband Sozialpsychiatrie MV vorbereitete und koordinierte Gedenktag führte diesmal nach Güstrow. Den regionalen Rahmen der thematischen Auseinandersetzung bezog die historischen Geschehnisse in Mecklenburg ein. Mindestens 5000 „Euthanasie“-Betroffene wurden zwangssterilisiert. Unterstützt wurde die Veranstaltung durch Pastor Höser und die Domgemeinde, die Freie Schule, die Diakonie, die Stadt Güstrow und das Landkreisamt sowie viele weitere Akteure. Auch der Landesseniorenbeirat gehörte dazu. Sein Vertreter war das Vorstandsmitglied Jürgen Lorenz.

Nach der Begrüßung durch Sandra Rieck, Vorstandsvorsitzende des Landesverbands Sozialpsychiatrie MV, nahm der erste Teil des Gedenkens mit einem Gottesdienst im Güstrower Dom seinen Anfang – die Predigt hielt vor rund 200 Teilnehmern Pastor Christian Höser – und endete dort mit einem stillen Gedenken unter

dem Ehrenmal Der schwebende Engel von Ernst Barlach. Schüler der Freien Schule und der Schule am Insee umrahmten das Gedenken. Der zweite Teil fand im Festsaal der Kreisverwaltung statt. Hier begrüßte der Landrat des Landkreises Rostock, Sebastian Constien, die mehr als 150 Teilnehmer. Er hob in seinen Ausführungen die Bedeutung des Erinnerns an die mehr als 2.200 von der „Euthanasie“ betroffenen Menschen aus Mecklenburg hervor. Schüler\*innen der Freien Schule lasen aus Patientenakten, es folgten sieben Kurzvorträge zum Thema „Erinnern – Betrauern – Wachrütteln“ des Landesverbands. Besonders den jungen Teilnehmern wurde eindrucksvoll Geschichte in ihren negativen Auswirkungen sowie in ihrer Bedeutung für die gegenwärtige Zeit vor Augen geführt. Sandra Rieck dankte Allen für das „vielschichtige, anregende und würdevolle Gedenken“.

*Jürgen Lorenz*

## Wege und Fahrzeiten werden gespart

### Telepflege war das Thema in der Strategieguppe III „Gesundes Altern“

Im Januar fand in Warnemünde die erste Zusammenkunft der Strategieguppe III „Gesundes Alter(n)“ des Kuratoriums Gesundheitswirtschaft M-V statt. Bernd Rosenheinrich vertritt den Landesseniorenbeirat in diesem Gremium.

Markus Kaminski vom DRK-Kreisverband Parchim stellte die Projektidee „Flächenversorgung im Landkreis Ludwigslust-Parchim“ vor. Kernidee ist die Übernahme von ärztlichen Leistungen von Pflegekräften, die über eine telefonische Verbindung

mit einem Arzt zusammenarbeiten. So können im ländlichen Raum Wege und Fahrzeiten gespart und eine qualitativ hochwertigere Versorgung aus einer Hand sichergestellt werden.

*Fortsetzung auf Seite 8*

Fortsetzung von Seite 7

Im Rahmen eines Pilotprojekts ist die zentrale Fragestellung: Können innerhalb eines solchen Marktplatzes hinreichend viele abrechenbare Vorgänge entstehen, die einem „Landarzt 4.0“ ein Auskommen bei darstellbarem Arbeitsaufwand ermöglichen? Melanie Philip berichtete über das Projekt „Telepflege“ des Netzwerks „Pflegpioniere“ aus Niedersachsen. Das EU/ESF-geförderte Projekt hat zum Ziel, dort den Engpässen im Bereich der ambulanten Pflege in den ländlichen Regionen entgegenzuwirken. In einem interdisziplinären Team, in enger Zusammenarbeit mit ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, werden neue Ansätze entwickelt, erprobt und evaluiert. Das Projekt zielt auf die Unterstützung von Pflegeassistenten- und Fachkräften in ambulanten Diensten durch die Res-

sourcen eines telepflegerischen und telemedizinischen Netzwerks ab.

Der Projektvorschlag von Markus Kaminski wurde von den Anwesenden sehr positiv aufgenommen. Im Gegensatz zum Projekt in Niedersachsen scheint unsere Landesregierung wenig Interesse dem Projekt im Landkreis Ludwigslust-Parchim entgegenzubringen, so Kaminski.

Friedrich-Wilhelm Bluschke informierte über den aktuellen Stand des Leit-Antrags an das 11. Altenparlament zum Thema „Wohnen im Alter im ländlichen Raum nach einem Krankenhausaufenthalt“. In Ueckermünde, Pasewalk, Demmin und Parchim ist jeweils ein „Runder Tisch“ mit allen relevanten Akteuren gegründet worden. Dazu zählen neben den Vertretern der jeweiligen Krankenhäuser der Oberbürgermeister, Vertreter von Pflegeeinrichtungen und Wohlfahrtsverbänden sowie Vertreter der

Wohnungsgenossenschaften und der Pflegestützpunkte. Gemeinsam wird zunächst eine Analyse der Ist-Situation durchgeführt. Danach soll mit den Akteuren vor Ort eine Lösung erarbeitet werden. In allen vier Städten wurden die Runden Tische sehr positiv aufgenommen.

Im vergangenen Jahr wurde am 12. September der bisherige Vorsitzende der Strategieguppe III, Prof. Dr. Wolfram Mittelmeier, zum Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Interprofessionelle Hilfsmittelversorgung gewählt. Deshalb teilte er seinen Rücktritt als Vorsitzender der Strategieguppe III mit. Diese dankte ihm für die jahrelange vertrauensvolle Leitung und Zusammenarbeit und wünschte ihm bei seiner neuen Aufgabe viel Erfolg. Friedrich-Wilhelm Bluschke wurde einstimmig zum Nachfolger gewählt. ■

## Zwischen den Monaten

Ereignisse von Dezember 2019 bis Februar 2020 in unserem Bundesland unter Mitwirkung des LSB

### Vorbereitung des Altenparlaments

Am 18. Dezember trat das Organisationskomitees des 11. Altenparlaments unter Leitung der Vorsitzenden Brigitte Seifert zu seiner 6. Sitzung zusammen. Es wurden die Entwürfe der drei Leit-Anträge diskutiert, Änderungen und Ergänzungen vorgenommen sowie die Geschäftsordnung, der Zeitplan, die Tagesordnung und die Zusammensetzung des Tagespräsidiums beraten und beschlossen. Die Entwürfe der Leit-Anträge wurden danach an die Delegierten geschickt und in den Organisationen, Vereinen und Verbände diskutiert. Zahlreiche Änderungswünsche und Ergänzungen sind bis zum 14. Februar (Fristsetzung) eingegangen und wurden in den Arbeitskreisen beraten und mehrheitlich eingearbeitet. *bs*

Die aktuelle, endgültige Fassung veröffentlichen wir ab Seite 1 in dieser Ausgabe.

### Neujahrsempfang in Stralsund



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig mit Reno Tiede, Hannelore Kohl und Christoph de Boor, den neuen Trägern des Landesverdienstordens *Foto: Staatskanzlei M-V*

Auf dem Neujahrsempfang am 13. Januar im Stralsunder Theater würdigte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig in Anwesenheit der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vor rund 400 Gästen den Aufbau des Landes seit der Deutschen Einheit und vergab den Verdienstorden des Landes an

Hannelore Kohl, Reno Tiede und Christoph de Boor. Vom Landesseniorenbeirat M-V war der Vorsitzende Bernd Rosenheinrich eingeladen. ■

### Jury der Alzheimer Gesellschaft

Ende Januar tagte letztmalig die Jury des Landesverbands der Deutschen Alzheimer Gesellschaft zur Vergabe von Spendengeldern aus der Benefizaktion des NDR „Hand in Hand für Norddeutschland“ 2018 für Projekte und Vorhaben zur Betreuung demenziell erkrankter Menschen bzw. deren Angehörige. Bernd Rosenheinrich arbeitete in dieser Jury mit. Viele gute Projekte wurden eingereicht. Leider konnten nicht alle gefördert werden, und die Jury hatte es nicht immer leicht bei diesen Entscheidungen. Die geförderten Projekte finden sich auf der Internetseite <https://alzheimer-mv.de>. ■

### Einladung der CDU-Fraktion

Einen Tag nach dem Neujahrsempfang der Ministerpräsidentin folgten die Vorsitzende des Organisationskomitees des 11. Altenparlaments, Brigitte Seifert, und LSB-Vorsitzender Bernd Rosenheinrich einer Einladung der Arbeitskreisleiterin Soziales, Integration und Gleichstellung der CDU-Fraktion, Maike Friemann-Jennert. Weiterhin nahmen von der Fraktion die Abgeordneten Sebastian Ehlers und Dr. Matthias Manthei sowie der Wissenschaftliche Referent Florian Tessenow teil. Es ging um die Vorbereitung des 11. Altenparlaments 2020 am 23. April 2020 und um die Abrechnung der Beschlüsse des 10. Altenparlaments 2018 durch die Fraktionen. ■

### Liga und Seniorensicherheit

Im Februar stellten der Seniorensicherheitsberater Bernd Fritsch und LSB-Vorsitzender Bernd Rosenheinrich vor Vertretern der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in MV das Projekt Seniorensicherheitsberater vor. Aktuell wurden die Vertreter der LIGA informiert, dass der Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung auch in diesem Jahr dieses Projekt wieder fördert und die Provinzial Versicherung es auch weiterhin unterstützt. Der Zuwendungsbescheid des LfK ist dem Landesseniorenbeirat bereits Mitte Januar zugegangen. Mit den Vertretern der LIGA gab es Übereinstimmung, dass wir gemeinsam unsere älteren Bürger vor der Enkeltrick-Mafia schützen

müssen, deren Skrupellosigkeit gerade in den letzten Wochen durch die Medien überzeugend dargelegt wurde. *br*

### Vorbereitung des Jugendtreffens

Unter Federführung des Landesjugendrings fanden am 3. Februar in Rostock die Vorbereitungen für das am 6. und 7. März in der Hansestadt stattfindende Jugendtreffen statt. Veranstalter ist der Landtag, Partner das Jugendbeteiligungsnetzwerk und der Landesseniorenbeirat. Erarbeitet wird hierbei ein Entwurf zum Jugendmitwirkungsgesetz. Das Organisationskomitee des 11. Altenparlaments schlägt den Delegierten eine Resolution für ein Jugendmitwirkungsgesetz vor. *ms*

## Teilhabe in einer sich digital verändernden Welt

### Internationaler Tag der älteren Menschen 2020 in Berlin

Der dritte Bundesseniorenkongress findet am 1. und 2. Oktober 2020 in Berlin zum Schwerpunktthema „Teilhabe in einer sich digital verändernden Welt“ statt. Die Schirmherrschaft hat die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Franziska Giffey übernommen. Es werden u.a. die Berliner Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

#### Internationaler Tag der älteren Menschen

Elke Breitenbach sowie der Leiter des Deutschen Zentrums für Altersfragen Professor Dr. Clemens Tesch-Römer auf dem Podium des Kongresses erwartet.

Über die Landesseniorenvertretungen der Bundesländer wird durch einen Flyer über diesen Kongress informiert, und interessierte und engagierte ältere Menschen können sich über dortige Kontaktdaten zum Bundesseniorenkongress anmelden.

Auf der Facebook-Seite „Bundesseniorenkongress 2020 in Berlin“ gibt es dazu folgende Informationen:

Die UNO hat im Jahre 1990 den 1. Oktober zum Internationalen Tag der älteren Menschen ausgerufen. Dies geschah vor dem Hintergrund des weltweit an Dynamik gewinnenden demografischen Wandels. Dieser wiederum nahm

immer größeren Einfluss auf das Zusammenleben der Generationen. Bessere Ernährung, veränderte Lebenshaltung, Gesundheitsfürsorge, körperliche Fitness und lebenslanges Lernen ermöglichen älteren Menschen ein längeres sinnvolles Leben. Dieser Fortschritttrend wird jedoch gefährdet durch immer neu aufflammende Kriege und kriegerische Auseinandersetzungen, durch Umweltzerstörung

und Klimawandel, soziale Ungerechtigkeiten und abnehmende Achtung vor dem Alter.

So wächst die Erkenntnis, das Wissen, das Können und die Erfahrungen von Personen dieser Altersgruppe für die Entwicklung der Nationen, der Staaten und der Gesellschaften nutzbar zu machen. Die Älteren sind aufgerufen, aktiv in das Geschehen, in die Entscheidungsprozesse einzugreifen und zu verhindern, dass Generationenkonflikte aufbrechen und das Zusammenleben vergiften.

In unserem Land, einem der reichsten und gesellschaftlich am besten entwickelten, in dem Demokratie und Achtung der Meinung anderer noch gut funktionieren, reift die Zeit heran, Lösungen für das Zusammenleben aller Menschen bei der Umgestaltung der Arbeits- und Lebenswelt auf der Grundlage immer einflussreicherer Digitaltechnik zu finden. Es ist an der Zeit, eine Ethik der Einführung von di-

*Fortsetzung auf Seite 10*

Fortsetzung von Seite 9

gitalen Angeboten zu entwickeln, so dass auch ältere Menschen sich wohlfühlen können und nicht befürchten müssen, von der Nutzung neuer und neuester Technik ausgeschlossen zu werden.

Eben diesem Sinn ist der dritte Bundesseniorenkongress gewidmet und verpflichtet. Der Nachdruck dieser Veranstaltung soll auf der Forderung liegen, die Bereitschaft der Generation der Senior\*innen in Deutschland zu fördern, bei der Vermenschlichung der neuen Technik mitmachen zu dürfen.

Wir sind bereit, an der Seite der Jungen und Dynamischen alles dafür zu tun, dass niemand sich abgehängt, ungebraucht, nicht humanistisch behandelt fühlt. Wir erwarten daher aber auch, dass wir in diese Prozesse eingebunden, angehört und ernst ge-

nommen werden. Auch hier sollen alle mitwirkenden Gesellschaftsmitglieder gleichberechtigt und achtungsvoll miteinander umgehen, sich gegenseitig ergänzen.

Wenn sich nun der achte Altenbericht der Bundesregierung mit diesen Problemen der neuen Entwicklung und deren Wirken auf die Generation der Senior\*innen befassen wird, so weist das darauf hin, dass eben nicht nur die junge Generation Träger der Digitalisierung sein kann. Auch darüber wird zu reden sein.

Welche Rolle Senior\*innen in Europa spielen und spielen sollen, werden wir durch eine\*n Vertreter\*in der Europäischen Kommission erfahren. Bisher war aus Brüssel zum Internationalen Tag der älteren Menschen kaum etwas zu hören.

Dieser Kongress bietet an zwei Tagen viele verschiedene Möglichkeiten, miteinander ins Gespräch zu kom-

men. Auch die 12 bezirklichen Seniorenvertretungen werden vor Ort sein und aus der Berliner Praxis zur Erfüllung des ersten Seniorenmitwirkungsgesetzes in der Bundesrepublik berichten. Sie werden außerdem einiges über die Zukunftsüberlegungen der älteren Generation der Bundeshauptstadt und das Ringen mit den politisch Verantwortlichen um Verbesserungen und Fortschritt zu erzählen haben.

Die Landesseniorenvertretung Berlin wünscht allen Teilnehmenden, durch diesen Bundesseniorenkongress viele neue Erkenntnisse zu gewinnen, gute Gespräche zu führen, Verabredungen zu treffen und auch Ermutigungen zu bekommen, weiter für die Rechte der Senior\*innen einzutreten. Es soll sich lohnen!

Weitere Informationen zum Kongress und zur Teilnahme gibt die Geschäftsstelle des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern. ■

## Pflege – welche Möglichkeiten gibt es?

Seit Anfang dieses Jahres hat sich der Beitrag für die Pflegeversicherung erneut erhöht: um einen halben Prozentpunkt auf aktuell 3,05 Prozent beziehungsweise auf 3,3 Prozent für Kinderlose. Schon in diesem Detail zeigt sich: Nach wie vor spielen neben den Partnern die Kinder eine große Rolle für die Betreuung von Pflegebedürftigen. An Unterstützungsangeboten fehlt es dabei nicht, aber es ist eine Wissenschaft, die vielen Möglichkeiten herauszufinden und in Anspruch zu nehmen: Entlastungsbetrag, Verhinderungspflege, Kurzzeitpflege.

Auch ist es ein großer finanzieller Unterschied, ob eine Betreuung ins Haus einzieht oder zum Beispiel ein Pflegedienst mehrmals täglich klingelt – wie für die „Medi-Gabe“, die Verabreichung der Medikamente an den Pflegebedürftigen. Nun ergeben sich Fragen, die kompetente Antworten verlangen: Wann kommt der Zeitpunkt, sich um einen Pflegeheimplatz zu bewerben? Welche Kosten entstehen? Was davon müssen die Kinder unter Umständen bezahlen? Was geht legal in der Branche und was nicht?

dlf

## Zwei Drittel im Globalen Süden

Der demografische Wandel ist ein weltweites Phänomen. Die Zahl der über 60-Jährigen wird sich laut Angaben der Vereinten Nationen weltweit bis 2050 mehr als verdoppeln auf 2,1 Milliarden. Die Zahl der über 80-Jährigen wird sich bis dahin sogar verdreifachen. Zwei Drittel der älteren Menschen leben in Entwicklungs- und Schwellenländern, im sogenannten Globalen Süden, wo die Zahl älterer Menschen besonders stark ansteigt. Immer häufiger kommt es vor, dass Ältere ohne familiäre Anbindung leben und sie

demzufolge bei Bedarf nicht von Angehörigen versorgt werden können.

In vielen Ländern reagieren Politik und Zivilgesellschaft auf den demografischen Wandel und entwickeln Strategien, um sich auf die Bedürfnisse und Interessen Älterer besser einzustellen. Dies betrifft aus Sicht der Vereinten Nationen vor allem die Bereiche Wohnen, Erwerbstätigkeit, Gesundheit und Pflege, soziale Sicherung und das Miteinander der Generationen.

bagso

## Dankeschön fürs Mitmachen

### Ehrenamtskarte wird in diesem Jahr schrittweise eingeführt

In diesem Jahr führt Mecklenburg-Vorpommern die erste landesweite Ehrenamtskarte ein. Damit werden, in Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom Oktober 2019, die dazu notwendigen organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen geschaffen. „Die Ehrenamtskarte ist ein Dankeschön an alle Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren und so einen großen Beitrag für das Gemeinwohl in unserem Bundesland leisten“, betont Sozialministerin Stefanie Drese. Die Ehrenamtskarte müsse sich auf allen Ebenen aber auch entwickeln, wie Erfahrungen in anderen Bundes-

ländern zeigten. „Ich freue mich, dass erste Unternehmen und viele Landes-einrichtungen schon jetzt dabei sind und Vergünstigungen beim Eintritt oder besondere Angebote bereitstellen werden.“

Die Etablierung der Ehrenamtskarte erfolgt schrittweise. In jedem Landkreis bzw. jeder kreisfreien Stadt gibt es eine MitMachZentrale (MMZ). Sie prüft sowohl die Anträge auf Ausstellung oder Verlängerung einer Ehrenamtskarte, wirbt Partner für die Karte und vernetzt die ehrenamtlichen Akteure. Die acht Zentralen, die das Ministerium mit jeweils rund 50 000 Euro pro

Jahr fördert und diese Summe ab 2021 jährlich um 2,3 Prozent erhöht, sind für die Landkreise in Vorpommern-Greifswald der Bürgerhafen Greifswald in Trägerschaft des Pommerschen Diakonievereins, in Ludwigslust-Parchim der Jugendförderverein Parchim/Lübz, in Nordwestmecklenburg der DRK-Kreisverband NWM, in Vorpommern-Rügen der Jugendring Rügen, in der Mecklenburgischen Seenplatte das Seniorenbüro Neubrandenburg, im Landkreis Rostock Lernen aktiv e.V., in Schwerin der Landesring des Deutschen Seniorenrings und in Rostock der dortige Stadtsporthbund. ■

## Klare pflegepolitische Akzente

### Sozialministerin wertete die ASMK-Konferenz Ende November in Rostock aus

Im Sozialausschuss des Landtags stellte Sozialministerin Stefanie Drese die Ergebnisse der 96. Arbeits- und Sozialminister\*innenkonferenz (ASMK) vor, die am 27. und 28. November in Rostock stattgefunden hatte. Von der ASMK in Rostock gehe ein starkes Signal für Reformen im Pflegesystem aus, sagte sie. Dazu gehörten ebenso Verbesserungen für Pflegebeschäftigte, Pflegebedürftige sowie pflegende Angehörige. Mecklenburg-Vorpommern habe als Vorsitzland selbst klare pflegepolitische Akzente gesetzt. Die Ministerin verwies dabei vor allem auf den Leittrag zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung: „Das einstimmige Votum der ASMK ist eine sehr wichtige Botschaft an Gesundheitsminister Spahn.

Die steigenden Pflegekosten dürfen nicht mehr hauptsächlich von den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen getragen werden. Deshalb brauchen wir kurzfristig einen Steuerzuschuss an die Pflegeversicherung und perspektivisch ein tragfähiges Gesamtkonzept, das sowohl die Kostenfolgen der pflegerischen Versorgung als auch ihre Finanzierung durch die Beitragszahler, die Steuerzahler und die Pflegebedürftigen selbst berücksichtigt.“

Auf Antrag von Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen sei es auch gelungen, dass sich die Länder auf ganz konkrete Vorschläge für eine wirtschaftlichere Betreibung von Kurzzeitpflegeeinrichtungen einigen konnten. Hierzu gehören etwa die Erhö-

hung der Leistungsbeträge, ein Leistungszuschlag für den erhöhten Aufwand im Rahmen der Kurzzeitpflege, das Schließen von Refinanzierungslücken und die Öffnung von nicht ausgelasteten Krankenhausbereichen für die Kurzzeitpflege.

Schon vor der Rostocker Ministerkonferenz hatte Stefanie Drese eine „ehrliche Debatte“ verlangt: „Wir können nicht nur Maßnahmen fordern, die zukünftig sehr viel Geld kosten werden, sondern wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern auch klar sagen, wie das finanziert werden soll.“ Laut Institut der deutschen Wirtschaft erhöhte sich 2018 der Eigenanteil für die Pflege in unserem Bundesland um 78 Prozent – von 292 auf nun 520 Euro. ■

*Alt zu werden ist, wie auf einen Berg zu steigen.*

*Je höher man steigt, desto mehr schwinden die Kräfte – aber desto weiter sieht man.*

*Ingmar Bergman (1918-2007), schwedischer Regisseur („Szenen einer Ehe“)*

## Nachbarschaftshelfer sind eine Stütze

Ohne sie könnten viele Pflegebedürftige ihren Alltag nur schwer bewältigen

Beim Arztbesuch, beim Einkauf, Vorlesen oder Spaziergehen: Pflegebedürftige sind im Alltag häufig auf Hilfe angewiesen. Wer in der Nachbarschaft kleine Aufgaben übernimmt und sich um einen Betroffenen kümmert, ist eine große Stütze. Seit September 2019 können ehrenamtliche Helfer und Helferinnen auf der Grundlage einer Landesverordnung über den sogenannten Entlastungsbetrag der Pflegekassen eine Aufwandsentschädigung für ihren Einsatz erhalten. Damit würdigt das Land die ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe. Die Helfer müssen einen achtstündigen Grundkurs absolvieren und sich bei der Pflegekasse registrieren.

Die landesweiten Pflegestützpunkte koordinieren die Schulungen und beraten die Ehrenamtlichen. In der Startphase macht die Pflegeakademie der AOK Nordost die Schulungen. Die ersten Kurse sind bereits angelaufen, weitere bis Sommer 2020 geplant.

„Die Nachfrage ist groß“, sagt Dr. Katharina Graffmann-Weschke, Leiterin der Pflegeakademie der AOK Nordost. „Pflegebedürftige bekommen jetzt einen leichten Zugang zu wichtiger Unterstützung im Alltag – gerade auch, wenn Angehörige, Freunde oder Bekannte mal nicht zur Stelle sind.“

Der Entlastungsbeitrag beträgt monatlich 125 Euro, steht jeder pflegebedürftigen Person mit den Pflegegraden 1 bis

5 im häuslichen Bereich zu und muss bei der Pflegekasse beantragt werden. Die Helfer dürfen nicht mit der pflegebedürftigen Person verwandt sein und pro Kalendermonat höchstens zwei Personen gleichzeitig in einem Umfang von insgesamt 25 Stunden unterstützen. Maximal acht Euro pro Stunde können erstattet werden.

In MV leben über 90.000 pflegebedürftige Menschen. Der Anteil beträgt damit rund 5,6 Prozent der Gesamtbevölkerung – Tendenz steigend.

AOK Forum

Informationen der AOK Nordost zur Gesundheitspolitik in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, Ausgabe 3/2019

## Situation nachhaltig verbessern

Seniorenbeirat Neubrandenburg nimmt das Land in die Pflicht

Zum Internationalen Tag zur Beseitigung der Armut veröffentlichte der Seniorenbeirat Neubrandenburg folgende Stellungnahme:

Der Internationale Tag zur Beseitigung der Armut fand 2019 bereits zum 26. Mal statt. Angesichts mindestens 13,7 Millionen armer Menschen in Deutschland ist er aktuell noch relevanter als bei seinem Beschluss durch die Vereinten Nationen. Laut einer aktuellen Studie der Wirtschaftsforschungsinstitute DIW und ZEW im Auftrag der Bertelsmann Stiftung wird 2036 jeder fünfte 67-Jährige von Altersarmut bedroht sein. Das Armutsrisiko der Neurentner steigt von derzeit 16,2 auf 20,2 Prozent. Künftig werden auch mehr Neurentner nicht nur von Armut bedroht, sondern auch auf Sozialhilfe angewiesen sein.

Das merken zum Beispiel auch die Tafeln: Allein in diesem Jahr stieg die Anzahl der Tafel-Kunden im Vergleich

zu 2018 um zehn Prozent auf 1,65 Millionen Menschen. Auch die Neubrandenburger Tafel ist davon betroffen.

Zwar ist Armut in Deutschland meist nicht lebensbedrohlich, jedoch hat sie häufig Folgen, wie soziale Isolation, Mangelernährung oder hohe Krankheitsanfälligkeit – vom Kind, das nicht mit seinen Freunden an Freizeitaktivitäten (z. B. Vereinssport) teilnehmen kann, bis zum Rentner, der durch mühsames Flaschensammeln seinen geringen finanziellen Spielraum erhöht. Armut hat viele Gesichter. In Deutschland geborene Menschen können genauso betroffen sein wie Migrantinnen und Migranten, Alleinerziehende genauso wie kinderreiche Paare, Arbeitslose wie Erwerbstätige. Hierzulande arbeitet ein Drittel der Armen, während ein Viertel Rente bezieht. Armut ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen betrifft.

Der Seniorenbeirat der Stadt Neubrandenburg erwartet daher Veränderungen und fordert die Politik auf allen Ebenen – von der Stadtvertretung Neubrandenburg, über den Kreistag Mecklenburgische Seenplatte bis hin zum Land- und Bundestag – auf, das Land sozial gerechter zu gestalten. Die jeweiligen Verwaltungsorgane auf kommunaler Ebene, der Kreis- und Landesebene bis hin zur Bundesebene sollten in ihren Aktivitäten Einfluss auf die positive Gestaltung der armutsmindernden Prozesse legen und abrechenbare Ergebnisse nachweisen. Arme und armutsgefährdete Menschen benötigen dringend konkretere Unterstützung, die zu ihren individuellen Lebensumständen passt und ihre Situation nachhaltig verbessert. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, darf im Alter nicht arm sein.

Peter Lundershausen

Vorsitzender

Antwort auf Seite 13

**Die Ministerpräsidentin**  
Chef der Staatskanzlei

Seniorenbeirat Neubrandenburg  
Vorsitzender  
Herr Peter Lundershausen  
Postfach 110255/105  
17042 Neubrandenburg

Schwerin, 20. Dezember 2019

Sehr geehrter Herr Lundershausen,  
sehr geehrte Mitglieder des Seniorenbeirates Neubrandenburg,

allem voran gratuliere ich Ihnen, auch im Namen der Ministerpräsidentin, ganz herzlich zum 25jährigen Bestehen Ihres Beirats.

Wie engagiert und erfolgreich Sie vor Ort arbeiten, weiß Frau Schwesig noch aus ihrer Zeit als Sozialministerin. 2010 hatte sie die Stadt Neubrandenburg im Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune“ mit dem 1. Platz ausgezeichnet. Die aktive Rolle Ihres Seniorenbeirats war dabei ein wichtiges Kriterium. Mit Ihren vielfältigen Aktivitäten tragen Sie nach wie vor dazu bei, dass gerade auch ältere Neubrandenburgerinnen und Neubrandenburger gerne in ihrer Stadt leben, sich und ihre Anliegen gut vertreten fühlen. Haben Sie vielen Dank für Ihre ehrenamtliche Arbeit sowie - Bezug nehmend auf die Übersendung Ihrer Stellungnahme anlässlich des Internationalen Tags zur Beseitigung der Armut - auch für Ihr Engagement gegen Altersarmut.

Sie haben vollkommen recht: Wer ein Leben lang gearbeitet hat, darf im Alter nicht arm sein. Deshalb hat sich die Ministerpräsidentin intensiv dafür eingesetzt, dass die Grundrente kommt und die Bundesregierung das Gesetzgebungsverfahren rasch voranbringt. Um der wachsenden Armutsgefährdung von Rentnerinnen und Rentnern entgegenzuwirken, ist die Grundrente für Geringverdiener eine wichtige Maßnahme. In Mecklenburg-Vorpommern könnte die Grundrente maßgeblich dazu beitragen, Altersarmut zu mindern beziehungsweise zu verhindern.

Entscheidend ist auch, die Ursachen von Armut und Altersarmut zu bekämpfen. Deshalb sind die Themen „gute Arbeit“, „gute Löhne“ „anständige Mindestlöhne“ für die Landesregierung so wichtig. So hat die Landesregierung zum Beispiel den Mindestlohn für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen 2018 auf 9,80 Euro erhöht, mit jährlicher Anpassung. Auch in der Koalitionsvereinbarung 2016-2021 sind Maßnahmen zum weiteren Abbau einer Armutsgefährdung in Mecklenburg-Vorpommern festgelegt, zum Beispiel im Bildungsbereich oder im Arbeitsmarktbereich. Auch eine gute Kindertagesförderung, wie sie Mecklenburg-Vorpommern bietet, nun sogar für die Eltern beitragsfrei, und die Ausweitung von Ganztagsschulangeboten erleichtern die Beschäftigungsfähigkeit der Eltern, die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben und die Unterstützung von Alleinerziehenden, um nur einige Maßnahmen zu nennen. Die Landesregierung wird auch weiterhin alles dafür tun, dass die Menschen in Arbeit kommen und bleiben.

Ich danke Ihnen, dass auch Sie engagiert für die Bekämpfung der Armut und der Altersarmut eintreten. Diese Unterstützung ist wichtig. Die Erfahrungen, Kompetenzen, Anliegen und Ideen von Seniorinnen und Senioren spielen eine große Rolle bei der politischen Gestaltung unseres Landes, das für Menschen jeden Alters lebenswert sein soll. Sie machen sich Gedanken, Sie melden sich zu Wort, Sie werden aktiv und das tun Sie nicht allein für Ihre Generation.

Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt, das sind Themen, die alle Menschen in unserem Land bewegen. Daher bitte ich Sie, in Ihrem Engagement nicht nachzulassen und wünsche Ihnen dafür auch im neuen Jahr alles Gute und viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'H. Geue', is written over a light blue background.

Dr. Heiko Geue

Chef der Staatskanzlei  
des Landes Mecklenburg-Vorpommern

# Viele Besucher werden erwartet

Bis Mitte April werden im Bundesland die diesjährigen EhrenamtMessen abgehalten

Bereits zum 13. Mal finden in unserem Bundesland die EhrenamtMessen statt. Ihr Motto: „Sich engagieren – etwas bewegen“. Der Auftakt war am 22. Februar in Schwerin, die nächsten Stationen sind am 21. März im Grimmen (Gymnasium, 10 bis 16 Uhr), am 28. März in Greifswald (Pommersches Landesmuseum, 11 bis 15 Uhr), am 4. April in Neubrandenburg (Haus der Kultur und Bildung, 10 bis 15 Uhr) und am 18. und 19. April in Wismar (Hanseschau auf dem Festplatz Bürgerpark, jeweils 10 bis 18 Uhr). Schirmherrin ist Ministerpräsidentin Manuela Schwesig. Über 200 Vereine, Verbände und Initiativen aus allen Regionen präsentieren sich. Neben der Information in-



SICH ENGAGIEREN  
ETWAS BEWEGEN

interessierter Bürger zum jeweiligen Vereinsleben steht die Würdigung des ehrenamtlichen Engagements tausender Aktiver im Vordergrund. Ehrenamts-Diplome werden an verdienstvolle und besonders aktive Menschen vergeben, Kulturprogramme, Workshops und Foren begleiten die Messen. Erstmals vertreten mit eigenen Ständen sind sowohl das Sozial- als auch das Finanzministerium. Hochrangige Vertreter aus Politik und Verwaltung nutzen die Möglichkeit, sich den Fragen und Problemen der Besucher zu stellen. Die Organisation liegt in den Händen der „Landesarbeitsgemeinschaft EhrenamtMessen“, federführend in den jewei-



## Grußwort

Liebe Ehrenamtliche,  
liebe Besucherinnen und  
Besucher,

wir haben in unserem Land sehr vielfältige Möglichkeiten, ein Ehrenamt auszuüben. Viele Menschen engagieren sich bereits im Sport, im sozialen Bereich, in den Feuerwehren, im Katastrophenschutz, als

Rettungsschwimmer oder in Gemeinderäten, Stadtvertretungen und Kreistagen. Ich möchte allen Ehrenamtlichen, egal an welcher Stelle, sehr herzlich für die Bereitschaft danken, sich unentgeltlich für unsere Gesellschaft einzubringen. Sehr gern habe ich als Ministerpräsidentin auch in diesem Jahr die Schirmherrschaft über die EhrenamtMessen übernommen. Die Veranstaltungsreihe geht in diesem Jahr bereits in die 13. Runde. Unter dem Motto „Sich engagieren – etwas bewegen“ können sich Interessierte an sechs verschiedenen Orten, von Greifswald bis Wismar, wieder über die Angebotsvielfalt informieren. Das Ziel ist, noch mehr Menschen für das Ehrenamt zu begeistern und zu gewinnen. Was kann es Schöneres geben, als zu helfen, sich für die Gemeinschaft einzusetzen? Nutzen Sie die Messen, um mit Ehrenamtlichen und solchen die es werden wollen, ins Gespräch zu kommen. Hier kann man herausfinden: Welche Aufgabe passt zu mir, was würde mir Spaß machen?

Ich danke allen sehr herzlich, die sich an der Organisation und Durchführung der Leistungsschau des Ehrenamtes in Mecklenburg-Vorpommern beteiligen. Sie alle leisten eine wertvolle Arbeit für unser Land. Ich danke besonders der Landesarbeitsgemeinschaft EhrenamtMessen für die Koordination. Dem Ehrenamt wird hier eine würdige Bühne geboten. Mit den EhrenamtMessen sorgen Sie dafür, dass das bürgerschaftliche Engagement in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rückt und der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gestärkt wird.

Ihre *Manuela Schwesig*  
Manuela Schwesig  
Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern

## Termine · Orte · Ansprechpartner

### 22. Februar 2020 · Samstag · Schwerin

- 10.00 – 17.00 Uhr · Eröffnungsveranstaltung
- Marienplatz-Galerie
- Marienbergplatz 6–13 · 19053 Schwerin

### EhrenamtMesse für den Landkreis Ludwigslust-Parchim und die Landeshauptstadt Schwerin

- Karin Hoffmann
- 0385-5557-3016
- ehrenamt@drk-sn.de

gemeinsam mit →



### 29. Februar 2020 · Samstag · Güstrow

- 10.00 – 15.00 Uhr
- Bürgerhaus
- Sonnenplatz 1 · 18373 Güstrow

### EhrenamtMesse für den Landkreis Rostock und die Hansestadt Rostock

- Hilmar Fischer
- 03843-4668668
- h.fischer@drk-guestrow.de

### 21. März 2020 · Samstag · Grimmen

- 10.00 – 16.00 Uhr
- Gymnasium Grimmen
- Anemonenweg 2 · 18507 Grimmen

### EhrenamtMesse für den Landkreis Vorpommern-Rügen und die Hansestadt Stralsund

- Katja Mann
- 038326-2295
- ehrenamt@drk-nvp.de
- Felix Bäsell
- 03838-8023-91
- ausbilder@drk-ruegen-stralsund.de

## 2020 · Mecklenburg-Vorpommern

### 28. März 2020 · Samstag · Greifswald

- 11.00 – 15.00 Uhr
- Pommersches Landesmuseum
- Rakower Straße 9 · 17489 Greifswald

### EhrenamtMesse für den Landkreis Vorpommern-Greifswald und die Hansestadt Greifswald

- Sylvia Nagel
- 03971-2003-32
- nagel@drk-ovp-hgw.de

### 04. April 2020 · Samstag · Neubrandenburg

- 10.00 – 15.00 Uhr
- Haus der Kultur und Bildung
- Marktplatz 1 · 17033 Neubrandenburg

### EhrenamtMesse für den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte und die Stadt Neubrandenburg

- Kathleen Kleist
- 0395-56039-18
- k.kleist@neubrandenburg.drk.de



### 18. + 19. April 2020 · Samstag & Sonntag · Wismar

- 10.00 – 18.00 Uhr
- Hanse-Schau Wismar · Festplatz Bürgerpark
- Köppernitztal · 23966 Wismar

### EhrenamtMesse für den Landkreis Nordwestmecklenburg und die Hansestadt Wismar

- Ulla Hardt
- 03881-7589059
- u.hardt@drk-nwm.de

Im Rahmen der →



ligen Regionen sind die Koordinatoren Ehrenamt, die den DRK-Kreisverbänden angehören. Wie in den Vorjahren rechnen die Veranstalter mit vielen Besuchern, 2019 waren es über 12.000. Zu Buche stehen auf insgesamt 74 Messen zwischen 2008 und 2019 fast 3400 Aussteller mit über 100 000 Besucher\*innen. In Schwerin eröffnete die EhrenamtMesse Sozialministerin Stefanie Dreese, ihre

Teilnahme an anderen Standorten gaben Sozialministerin Stefanie Dreese, Staatssekretär Nikolaus Voss, DRK-Landespräsident Werner Kuhn, Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie Landräte und Bürgermeister kund.

„Mein Dank gilt allen ehrenamtlich aktiven Menschen, die unverzichtbar für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sind“, betonte die Sozialmi-

nisterin, „in den Sportvereinen, im Katastrophenschutz, in sozialen und kirchlichen Einrichtungen, im Umwelt- und Tierschutzbereich, als Vorlesepatin in unseren Kitas oder in Pflegeheimen und in unzähligen anderen Funktionen.“ Mit der Einführung der landesweiten Ehrenamtskarte solle dieses Engagement weiter gestärkt und gewürdigt werden. ■

## Generationenübergreifend denken

### Zukunft der Pflege: Assistenzsysteme unterstützen den Alltag

Die Zukunft der Pflege lässt sich heute nicht seriös voraussagen, weil sie von sehr vielen gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen abhängig ist. Dabei sind die technischen Entwicklungen noch eher absehbar, weil es schon viele Assistenzsysteme gibt und die künstliche Intelligenz (KI) beispielsweise in Japan, China und den USA bereits unglaubliche Möglichkeiten erschließt. Maschinen mit KI revolutionieren schon heute viele menschliche Prozesse.

Vielen Menschen, besonders Singles, hat z. B. ein Hausnotruf (roter Knopf am Armband) Hilfe gebracht. Es gibt viele Assistenzsysteme, die bei der Hausautomatisierung, der Alltagsunterstützung, der Telemedizin, der Kommunikation usw. helfen. Die Zielsetzung von Assistenzsystemen ist die Sicherstellung der Selbstständigkeit und Selbstbestimmtheit im Alter, die Entlastung der pflegenden Angehörigen und die Verbesserung der Versorgungsinfrastruktur.

Die Anschaffung der Assistenzsysteme ist in der Regel keine Kassenleistung. Sie sind zumeist auch nicht ganz billig. Darum überlegt manch älterer Mensch, ob sich das noch lohne.

Zum Beispiel könnten Vermieter die Wohnung damit ausstatten und über Mieteinnahmen abbezahlen lassen. Unabhängig von diesen Systemen ist die Entwicklung zum „smart home“ (vernetzt und interaktiv) ohnehin unaufhaltsam. Ein Beispiel ist in Neubrandenburg die Neuwoba, Am Anger 22-24. Im Se-

niorenbeirat der Vier-Tore-Stadt gibt es sieben ausgebildete „Senioren-Technik-Botschafter“, die zu den Altersgerechten Assistenzsystemen (AAL) Auskunft und Unterstützung geben können.

Weitaus unsicherer sind die gesellschaftlichen Entwicklungen über einen längeren Zeitraum einzuschätzen. Wir erleben im Moment eine Zeit, wo fast alle Parteien sich die Verbesserung der Pflegesituation auf die Fahne geschrieben haben. Zurzeit haben wir noch Konjunktur, hohe Beschäftigung und hohe Steuereinnahmen.

Das neue Pflegestärkungsgesetz soll die Situation der Pflegebedürftigen, aber auch der Angehörigen, sowie der Menschen, die in der Pflege arbeiten, nachträglich verbessern. Es gilt den Grundsatz „ambulant vor stationär“ zu stärken. Es soll sogar bis 2035 noch Geld angespart werden, um den Eintritt der „Baby-Boomer-Generation“, die dann ins Pflegealter kommt, finanziell abzufedern. Das hört sich erst einmal beruhigend an. Aber wir erleben selbst, wie rasant die ganze Welt im Wandel ist: Demografischer Wandel, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Klimawandel, sich ändernde familiäre Bindungen, Arbeit im Wandel, neue medizinische Möglichkeiten, politische Unsicherheiten, usw. Diese ganzen flexiblen Komponenten machen eine solide Voraussage so schwer.

Pflege ist auch immer mit Geld verbunden. Eine wohlhabende Nation kann

sich eine komfortablere Altenbetreuung leisten als arme Länder. Wenn wir, als Horrorvision gedacht, in 50 Jahren mit existenziellen Umweltschäden zu kämpfen hätten, wird die Altenpflege zurückstehen müssen. Jetzt könnten ältere Menschen denken: „Nach mir die Sintflut!“. Nicht nur wir vom Seniorenbeirat Neubrandenburg denken prinzipiell immer generationenübergreifend, „egal ob über die Schwelle ein Babywagen oder ein Rollator muss“. Wir sind der Meinung, dass man immer prophylaktisch und solidarisch denken soll. Deshalb bewerten wir auch das Pflegestärkungsgesetz prinzipiell positiv, aber es dauert zu lange, bevor es voll wirksam wird. Und die Kosten dürfen letztlich nicht bei den Patienten hängen bleiben. Wenn es ein politisch verfolgtes Ziel ist, professionell erbrachte Pflegeleistungen durch familiäre Leistungen so weit wie möglich zu substituieren, müssen weitere Angebote entwickelt werden (Arbeitsrecht, Rentenpunkte usw.) Die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege muss günstiger gestaltet werden, dann kann es vielleicht auch gelingen, Pflegeleistungen aus dem „teureren“ stationären Bereich in den günstigeren ambulanten Bereich zu verlagern. Das alles „steht aber auf dem Spiel“, wenn es der Politik nicht gelingt, die oben genannten Menschheits-/Gesellschaftsprobleme positiv zu lösen.

Fortsetzung von Seite 15

Zum Schluss sei noch einmal auf eine Lieblingsillusion vieler Menschen eingegangen, und zwar auf den Roboter in der Pflege. Viele verbinden damit suspekte Gestalten aus älteren Kinofilmen. Die Kernfragen lauten immer: Kann ein Roboter einen Menschen ersetzen? Kann ein Roboter Empathie entwickeln? Hier zwei verkürzte Beispiele:  
- Im November 2017 bestand die Ro-

boterdame Xiaoyi mit 456 Punkten die ärztliche Zulassungsprüfung in China (96 Punkte mehr als erforderlich). Sie absolviert gerade ein Praktikum in einer Klinik.

- Im OP sind Roboter auf dem Vormarsch. Schon seit 2017 werden in Deutschland bei Prostatakrebs mehr Operationen mit Roboterhilfe durchgeführt als ohne – weltweit sind es wöchentlich rund 10.000 Eingriffe, immer öfter auch bei Niere, Bauchspeichel-

drüse und sogar in der Herzchirurgie. Künstliche Intelligenz und Roboter können noch nicht alles, aber sie können immer mehr, und sie werden alle Lebensbereiche der Menschen verändern. Alle Senioren sind aufgerufen, ihre Erfahrungen einzubringen und aktiv und verantwortungsbewusst diese Entwicklung zu begleiten.

Eckhard Gründer  
Mitglied im Vorstand des  
Seniorenbeirats Neubrandenburg

## Sicherheit im Netz und Datenschutz

Ausbildung zum ehrenamtlichen SilverSurfer begann im Stadthaus Parchim

Mit dem Ziel, Ängste und Vorbehalte gegenüber dem Umgang mit Smartphones und Tablets abzubauen, ist das Projekt SilverSurfer seit 2013 erfolgreich aktiv. Über 80 SilverSurfer aus ganz MV sind ehrenamtlich im eigenen Umfeld unterwegs und stehen anderen Senioren\*innen bei Fragen im Umgang mit den Geräten zur Seite. Hierfür erhalten sie vorab eine Ausbildung – koordiniert und durchgeführt vom EIZ Rostock e.V. Am 4. März begann die Ausbildung zum SilverSurfer im Stadthaus Parchim. In fünf Blöcken erhält der zukünftige Senioren-Tech-



nik-Botschafter Informationen rund um Technik, Apps und Didaktik. Auch die Aufklärung über Sicherheit im Netz, Datenschutz und Cybercrime gehört dazu und rundet die Ausbildung zur Förderung der Medienkompetenz ab. Die Teilnahme an den Schulungen ist kostenfrei, aber nur mit vorheriger Anmeldung möglich. Die maximale Teil-

nehmerzahl beträgt 10 Personen. Die nächsten Schulungen beginnen in Laage am 7. Mai, in Neubukow am 18. Juni, in Waren (Müritz) am 20. August und in Anklam am 28. Oktober, jeweils um 10 Uhr.

Weitere Infos: SilverSurfer- Senioren-Technik-Botschafter in MV, Haus Europa Rostock, EIZ Rostock e.V., Mühlenstraße 9, 18055 Rostock, Tel. 0381 - 40 31 450, Fax 0381 - 40 31 451, Mobil: 173- 70 56 908, E-Mail silversurfer@eiz-rostock.de, www.eiz-rostock.de  
Ansprechpartnerin ist die Projektkoordinatorin Sabrina Wolff. ■

### BLICK ZUM NACHBARN – SCHLESWIG-HOLSTEIN

## „Kraftakt“ für die Uni-Klinik

Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) ist der einzige medizinische Maximalversorger im Lande und mit 14 000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber. Das berichtet *Der Landtag*, die in Kiel erscheinende Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein, und führt in ihrer Ausgabe 4/2019 weiter aus:

Es ist aber auch ein Sorgenkind der Politik, denn das Großklinikum in Kiel und Lübeck schreibt rote Zahlen, und viele Gebäude sind sanierungsbedürftig. Eine Milliardenspritze des Landes soll das UKSH nun fit für die Zukunft machen.

Für die Mitarbeiter in der Pflege soll in

einer zweijährigen Pilotphase ein neues Arbeitsmodell getestet werden. So sollen Mitarbeiter nach schwedischem Vorbild im Wechsel drei Tage arbeiten und dann drei Tage frei haben können. Dies könne zum „Vorbild für andere Pflegebereiche“ werden, betonte Lars Harms (SSW). ■

**Zu sagen: „Hier herrscht Freiheit“ ist immer ein Irrtum oder eine Lüge – Freiheit herrscht nicht.**

Erich Fried (1921-1988), österreichischer Schriftsteller und Publizist

# Süßen ohne Zucker – geht das überhaupt?

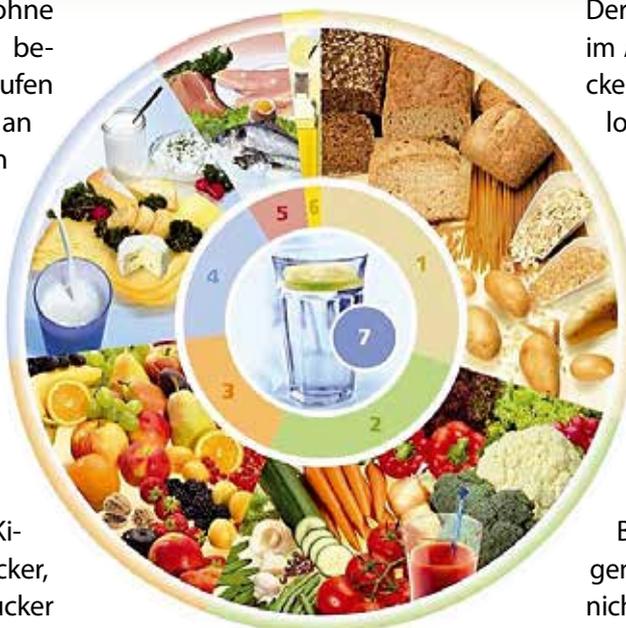
Hier werden die fünf gängigsten Alternativen vorgestellt

Werbeversprechen wie „Süßen ohne Zucker“ und „Gesundes Süßen“ begegnen uns derzeit beim Einkaufen sehr häufig. Aber was ist dran an diesen vermeintlich gesünderen Alternativen zum Zucker? Welche Inhaltsstoffe haben sie und wie unterscheiden sie sich vom Haushaltszucker? Da die Auswahl groß ist, seien an dieser Stelle die fünf gängigsten Zuckeralternativen vorgestellt:

**Honig:** Ob Akazien-, Raps- oder Waldhonig – der süße Nektar hat fast genauso viele Kalorien (306 Kilokalorien pro 100 Gramm) wie Zucker, aber im Vergleich zum Haushaltszucker enthält er in geringen Mengen Antioxidantien und Nährstoffe, wie zum Beispiel Vitamin B und C, Kalium, Calcium, Eisen und Magnesium. Mit einer Süßkraft von 80 Prozent des Zuckers ist er gut geeignet, um Desserts zu verfeinern und Kuchen zu süßen. Allerdings sollten Allergiker aufpassen, da viele Honigsorten Blütenpollen enthalten.

**Agavendicksaft:** Der Dicksaft wird aus der mexikanischen Agavenpflanze gewonnen und ähnelt in seiner Struktur dem Honig, ist dabei aber weniger zähflüssig, sehr mild und in der Küche fast überall einsetzbar. 100 Gramm Dicksaft entsprechen etwa 125 bis 150 Gramm Zucker. Der sehr hohe Zuckergehalt setzt sich überwiegend aus Fruchtzucker zusammen. Häufig verträgt der menschliche Körper den Fruchtzucker nur bis zu gewissen Mengen (etwa 25 Gramm pro Mahlzeit). Bei erhöhtem Konsum kann es zu Blähungen und Durchfall kommen. Außerdem weisen verschiedene Forschungsergebnisse darauf hin, dass ein gesteigerter Fruchtzucker-Konsum im Zusammenhang mit Übergewicht, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Fettstoffwechselstörungen steht.

**Ahornsirup:** Der Ahornsirup ist der eingedickte Saft vom Zucker-Ahorn. Für ei-



DGE-Ernährungskreis

nen Liter Sirup benötigt man rund 40 Liter Baum-Saft! Im Vergleich zum Haushaltszucker besitzt der Sirup immerhin kleine Mengen an Mineralstoffe, wie Kalium, Eisen und Magnesium. Für 100 Gramm Zucker benötigt man rund 130 Gramm Ahornsirup. Der Geschmack hat eine feinwürzige Karamell-Note und eignet sich für Kuchen und Gebäck. Der Fruchtzuckeranteil ist relativ gering. Ein Tipp: Je heller der Ahornsirup ist, desto qualitativ hochwertiger ist er.

**Apfeldicksaft:** Der Apfeldicksaft ist nichts anderes als sehr konzentrierter und eingedickter Apfelsaft. Da Äpfel einen hohen Anteil an Fruchtzucker haben, ist der Apfeldicksaft, wie der Dicksaft aus der Agave, nur in Maßen zu genießen. Die Süßkraft ist etwas geringer als der des Haushaltszuckers. Mit seinem intensiven Apfelaroma passt der Apfeldicksaft gut zu Kompott und Salatdressings.

**Birkenzucker:** Früher wurde der Birkenzucker tatsächlich aus der Rinde der Birke hergestellt, heute gewinnt man ihn, der auch unter der Bezeichnung Xylit oder Xylitol bekannt ist, zumeist aus Stroh, Getreidekleie und Maisspindeln.

Der Zuckeraustauschstoff (E 967) ähnelt im Aussehen und Geschmack dem Zucker, hat aber 40 Prozent weniger Kalorien und schädigt nicht wie Zucker die Zähne. Aus diesem Grund findet er auch oft in der Kaugummi- und Zahnpasta-Herstellung Verwendung. Mit Birkenzucker lassen sich nicht nur Getränke und Speisen süßen, sondern man kann ihn auch zum Backen oder zum Marmeladekochen verwenden. Dafür kann der Haushaltszucker in der Regel Eins zu Eins durch Birkenzucker ersetzt werden. Übrigens geht Hefeteig mit Birkenzucker nicht so gut auf. Der Süßstoff kann aber auch Durchfälle auslösen, da er vom Darm nur langsam absorbiert wird. Es gilt also: in Maßen dosieren!

**Kokosblütenzucker:** Um den Zucker herzustellen, wird der Nektar von den Blüten der Kokospalmen gewonnen, eingedickt, getrocknet und vermahlen. Der kristallisierte Blütensaft von Kokospalmen enthält Eisen, Magnesium und Zink, aber wenig Fructose; er lässt – aufgrund des niedrigen glykämischen Index – den Blutzuckerspiegel kaum ansteigen. Im Geschmack erinnert der Zucker nicht an Kokosnuss, sondern ist eher kräftig karamellartig. Die Süßkraft gleicht dem braunen Zucker. Dennoch hat die Zuckeralternative genauso viele Kalorien wie der Haushaltszucker, kostet aber mehr als das Zwanzigfache. Beim Backen muss man damit rechnen, dass sich der Kokosblütenzucker im Rührteig schlechter auflöst, der Teig somit nicht so schön aufgeht und etwas größere Luftblasen entstehen. Der Teig wird auch etwas dunkler. Ein weiterer Nachteil ist, dass die Kokospalmen in Südostasien gepflanzt und geerntet werden.

Um Zucker auszutauschen, gibt es viele Alternativen. Welche die Richtige

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

ist, entscheidet der persönliche Geschmack und der vorgesehene Verwendungszweck. Es ist dennoch wünschenswert, den Zuckerkonsum insgesamt zu verringern. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Zucker aus Zucker-

rüben oder Zuckeralternativen stammt. Honig, Agavendicksaft, Ahornsirup und Co. bieten in diesem Sinn keinen Vorteil. Die relativ geringen Gehalte an Mineralstoffen und Vitaminen sind zu vernachlässigen. Dennoch bieten die Alternativen einen Nutzen: Sie erweitern die geschmackliche Palette beim

Süßen durch ihre teilweise sehr spezifischen Aromastoffe. Und in Maßen eingesetzt, können sie daher den Speiseplan bereichern. „Süßen ohne Zucker“ ist das allerdings nicht.

Deutsche Gesellschaft  
für Ernährung e.V.

Sektion Mecklenburg-Vorpommern

## Wie ein gesundes Wohnklima entsteht

Schimmel erkennen und richtig reagieren – Tipps der Verbraucherzentrale MV



Wenn Schimmel sich in Form von grünen oder schwarzen Flecken an der Wand zeigt, dann ist der Schrecken erst einmal groß. Die Energieberatung der Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern erklärt, warum sich Schimmel bildet und wie man ihn erkennt. Lösungsvorschläge, wie man die gesundheitsgefährdenden Schimmelpilzsporen beseitigen kann, werden ebenfalls aufgezeigt.

### Warum bildet sich Schimmel hinter Schränken?

Da Schränke üblicherweise eine geschlossene Rückwand und durchlaufende Sockel haben, stehen diese Möbel meist nicht auf Füßen wie andere Möbelstücke. Das verhindert eine kontinuierliche Luftzirkulation an der Schrankrückseite. Geheizte, warme Raumluft kann viel Wasser speichern, die sie jedoch bei Abkühlung wieder abgeben muss. Dies geschieht dann an kühleren Flächen – sichtbar beispielsweise an beschlagenden Fensterscheiben, doch unsichtbar auch an den Außenwänden, die selbst bei guter Dämmung immer ein wenig kühler sind als Innenwände. Hier kann kondensierte Luftfeuchtigkeit nicht abtrocknen, was im Lauf der Zeit zu Schimmelbildung führen kann. Häufig entstehen die schwarzen Fle-

cken zuerst an der Wand in Fußbodennähe, weil es hier am kältesten ist.

### Wie kann man Schimmel hinterm Schrank erkennen?

Ein leicht muffiger oder modriger Raumgeruch kann ein erstes Anzeichen für Schimmelbildung an der Wand sein. Sollte dieser Geruch nach mehrmaligem Lüften nicht zu entfernen sein, dann könnte der gesundheitsschädliche Schimmelpilz dahinterstecken. Zur Kontrolle sollte man bei Schränken die Schrankwand abbauen und die Rückseite und Tapeten genau auf Schimmelsporen untersuchen. Bei Möbelstücken, die leicht zu verrücken sind, ist ein Blick auf die Tapete etwas einfacher.

### Wie kann Schimmel entfernt werden?

Kleinen Schimmelbefall kann man selbst beseitigen, beispielsweise mit handelsüblichem Haushaltsreiniger oder hochprozentigem Alkohol. „Bei größeren Stellen muss die Tapete hinter dem Schrank entfernt und die Wand mit einem pilzabtötenden Mittel bestrichen werden“, rät Arian Freytag von der Energieberatung der Verbraucherzentrale. „In besonders hartnäckigen Fällen sollte auch der Putz unter der Tapete abgeschlagen werden. Auf jeden Fall sollte man bei größerem Schimmelbefall einen Fachmann zu Rate ziehen.“ Ist der Schimmel bereits auf das Möbelstück übergegangen, sollte man es entsorgen. Neues Mobiliar sollte möglichst nicht oder nur mit Abstand an der Außenwand stehen.

### Schimmel vermeiden mit Heizen und Lüften

Ein Vier-Personen-Haushalt gibt pro Tag zwischen sechs und zwölf Liter Wasser an die Luft ab. Wird diese Feuchtigkeit nicht regelmäßig hinausgelüftet, kann sie Schimmel auslösen – sowohl in Wohnungen mit undichten Fenstern und Dächern als auch in energetisch sanierten Häusern mit Wärmeschutzfenstern. In nicht ausreichend oder gar nicht beheizten Räumen ist die Gefahr besonders groß.

Ein weiterer Punkt, um Schimmel zu vermeiden, ist das regelmäßige Lüften. Beim Atmen wandeln Menschen und Tiere Sauerstoff in Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) um. Riecht die Luft abgestanden, liegt das oft an einer zu hohen Kohlendioxid-Konzentration. Auch Schadstoffe und Geruchsstoffe aus Möbeln und Baumaterialien können ein Grund dafür sein. Die so belastete Raumluft kann Müdigkeit und Konzentrationsprobleme auslösen. Richtiges Heizen und Lüften hilft, ein gesundes Wohnklima zu schaffen und Schimmel vorzubeugen.

Bei allen Fragen zum Erkennen und Vermeiden von Schimmelschäden hilft die Bundesförderung für Energieberatung der Verbraucherzentrale in Mecklenburg-Vorpommern. Ebenso berät sie über Themen, wie das richtige Heiz- und Lüftungsverhalten. Für ein persönliches Gespräch mit einem Energieberater reicht ein Anruf in Rostock unter Tel. 0381/208 70 0 oder unter der kostenfreien Telefonnummer 0800-809 802 400. ■

## Vierter Pflegestützpunkt in Waren

Eröffnung am 1. April – Öffnungszeiten dienstags und donnerstags

Im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte gibt es ab 1. April vier Pflegestützpunkte. 2013 richteten der Landkreis und die Pflege- und Krankenkassen gemeinsam in Demmin und Neustrelitz die ersten beiden Pflegestützpunkte ein. 2015 kam der dritte Pflegestützpunkt in Neubrandenburg dazu. Ein knappes Jahr später folgte aufgrund des hohen Beratungsbedarfs im Pflegestützpunkt Neustrelitz die Einrichtung einer wöchentlichen Sprechzeit in Waren. Mittlerweile deckt sie aber nicht mehr den stetig steigenden Bedarf an Beratung und Unterstützung ab. Daher entschieden sich die Träger der Einrichtungen für einen vierten Stützpunkt.

Die Mehrzahl der pflegebedürftigen Personen wird zu Hause betreut – entweder ausschließlich durch Angehörige oder mit Hilfe eines ambulanten Pflegedienstes. Besonders die pflegenden Angehörigen, die oft an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit sind, brauchen kompetente und unabhängige Beratung und Unterstützung. Neben der persönlichen Beratung im Pflegestützpunkt ist deshalb auch die Beratung in der Häuslichkeit ein Schwerpunkt. Dort



Annekatriin Wendt, Sozialberaterin; Lydia Troff, Pflegeberaterin; Kathrin Wulf, Pflegeberaterin (v.l.n.r.)

können in gewohnter Umgebung alle Probleme und Sorgen besprochen und erste praktische Hinweise gegeben werden. Durch eine umfangreiche Vernetzung mit Partnern aus allen sozialen Bereichen ist eine umfassende Hilfe und Beratung garantiert.

Pflegestützpunkte sind auch Servicepunkte für Nachbarschaftshelfer. Sie geben Einblicke darüber, in welcher Form sich Bürgerinnen und Bürger, Freunde und Nachbarn engagieren können, welche Voraussetzungen für die Nachbarschaftshilfe gelten und

wie man sich als Nachbarschaftshelfer anerkennen lassen kann. Auf Wunsch vermitteln sie den Kontakt zwischen Nachbarschaftshelfern und Menschen, die Hilfe benötigen.

*Kontaktdaten der Pflegestützpunkte im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte:*

Öffnungszeiten: Dienstags von 8 bis 12 und 13 bis 17.30 Uhr; donnerstags 8 bis 12 und 13 bis 16 Uhr sowie auf Wunsch nach Vereinbarung zu Hause.

**Pflegestützpunkt Neustrelitz**, Elisabethstraße 6, 17235 Neustrelitz, Tel. 03981 2629-064; E-Mail: pflegestuetzpunkt-neustrelitz@lk-seenplatte.de

**Pflegestützpunkt Demmin**, Adolf-Pompe-Straße 23, 17109 Demmin, Tel. 0395 57087-4751; E-Mail: pflegestuetzpunkt-demmin@lk-seenplatte.de

**Pflegestützpunkt Neubrandenburg**, Woldegker Straße 6, 17033 Neubrandenburg, Tel. 0395 57087-5751; E-Mail: pflegestuetzpunkt-neubrandenburg@lk-seenplatte.de

**Pflegestützpunkt Waren** (ab 1. April 2020), Zum Amtsbrink 2, 17192 Waren, Tel. 0395 57087-2751; E-Mail: pflegestuetzpunkt-waren@lk-seenplatte.de  
www.pflegestuetzpunktvmv.de ■

## Aufgaben einer modernen Gesellschaft

Senioren der Landespolizei kümmern sich ehrenamtlich um die Älteren

*Von Jutta Lüdecke und Werner Sett aus der Arbeitsgruppe Ordnung, Sicherheit und Gleichstellung des Seniorenbeirats der Hansestadt Stralsund erhielten wir folgenden Beitrag:*

Das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern ist sehr hoch. Das Projekt „Senioren-sicherheitsberater“ basiert auf dem Gedanken, dass Seniorinnen und Senioren als Sicherheitsberater durch ihren natürlichen Zugang zur eigenen

Generation wichtiger Partner der Polizei bei der Information über Kriminalitätsformen und der zugehörigen Möglichkeiten der Vorbeugung sind. Prävention und Kriminalitätsprävention ist die Aufgabe einer modernen Gesellschaft, Kriminalität bereits in oder vor ihrer Entstehung zu verhindern. Die vorbeugende Bekämpfung der Kriminalität stellt die Gesamtheit aller staatlichen und privaten Bemühungen zur Verhütung von Straftaten dar. Um diesen Anspruch auf Sicherheit zu gewährleisten gibt es im

Landkreis – Vorpommern Rügen sechs Seniorensicherheitsberater.

Die Präventionsberater/Seniorensicherheitsberater unterstützen und beraten Kinder, Eltern und Senioren im Alltag. Es gibt sie seit 2014 und sie sind im ganzen Landkreis ehrenamtlich tätig. Deshalb organisieren die Präventionsberater in Zusammenarbeit mit den Seniorenbeiräten Veranstaltungen, insbesondere für die älteren Bürgerinnen und Bürger, um

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

ihnen hilfreiche Tipps nahezubringen. Durch unzureichende Vorsichtsmaßnahmen und zu großes Vertrauen werden ältere Menschen nicht selten Opfer von Dieben und Betrügern. Auch das erhöhte Verkehrsaufkommen und veränderte Vorschriften stellen gerade ältere Verkehrsteilnehmer oftmals vor Probleme. Die ehrenamtlich tätigen Seniorensicherheitsberater sind ausnahmslos ehemalige Polizeimitarbeiter. Sie sensibilisieren für Gefahrensituationen und stärken das Sicherheitsgefühl der älteren Generation. Eine sehr ansprechende, aber auch lustige Form der Übermittlung von Verhaltensregeln, Tipps und Hinweisen gestaltet unsere Seniorentheatergruppe „DIE WACHSAMEN“. Hier spielen Senioren für Senioren Betrugsfälle zur Kriminalitätsvorbeugung nach. So gehören Ratschläge und der wirksame Schutz vor Straftaten zu den Aufgaben der Seniorensicherheitsberater. Zu ihnen zählen Gefahren an der Haustür, etwa das Auftauchen falscher Polizeibeamter oder das Vortäuschen fal-

scher Notlagen und damit verbundene Diebstahlsdelikte. Außerdem Gefahren am Telefon, wie der sogenannte Enkeltrick oder falsche Gewinnversprechen. Auf das Verhalten im Internet, die Internetsicherheit und Gefahren in sozialen Netzwerken wird in Veranstaltungen hingewiesen, sie werden besprochen und anschaulich dargestellt. Gefahren, denen man unterwegs begegnen kann,

**Projekt Seniorensicherheits-  
berater wird finanziert durch:**

**PROVINZIAL**



**Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung  
Mecklenburg-Vorpommern**

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter [www.kriminalpraevention-mv.de](http://www.kriminalpraevention-mv.de)

werden verdeutlicht, genauso das Verhalten bei Handtaschenraub, Taschendiebstahl oder das Verhalten in Geldinstituten und an Geldautomaten.

Insbesondere bieten die Seniorensicherheitsberater Informationen und Beratungen zu folgenden Themen an: Verhalten an der Haustür: Fremde Personen. Haustürgeschäfte. Betrug: Gewinnbenachrichtigungen, falsche Polizisten, Anwälte und falsche Enkel (Enkeltrick). Diebstahl: Taschen- und Trickdiebstahl, Handtaschenraub. Einbruchschutz: Tipps zur Sicherung von Wohnungen, Häusern und Fahrzeugen. Verhalten im Straßenverkehr: Senioren als Fußgänger, Radfahrer und Kraftfahrer, Senioren als Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs.

Wer das kostenlose Angebot der Seniorensicherheitsberater für Veranstaltungen oder Beratungen nutzen möchte, wendet sich an die Ansprechpartner in der Region. Im Landkreis Vorpommern-Rügen ist es der Präventionsrat des Landkreises, Carl-Heydemann-Ring 67, 18437 Stralsund, Tel. 03831/357-1231; E-Mail: [kati.bischoff@lk-vr.de](mailto:kati.bischoff@lk-vr.de) ■

## Liebesbetrug im Internet

### Was ist Romance Scamming / Love Scamming? – Heiratsschwindel als perfide Masche

**Die nachfolgenden Zeilen sind nicht der Realität entsprungen, jedoch ein Stück weit aus dem Leben gegriffen:**

Stille. Im ganzen Haus ist außer dem leisen Ticken der Küchenuhr nichts zu hören. Meine Nervosität steigt. Gleich. Nur noch wenige Minuten, bis wir uns wieder hören würden. Diese Woche haben wir kaum miteinander gesprochen. Ganz anders als in den Wochen und Monaten davor. Am Morgen wache ich mit einer liebevollen Nachricht auf dem Handy auf und fühle die Erleichterung. Jeden Tag bange ich um seine Sicherheit. Er befindet sich im Kriegsgebiet. Wir kennen uns noch nicht lange, aber gefühlt doch eine Ewigkeit. Er hat mir so viel anvertraut. Und sein Interesse scheint so echt.

Scheint. Seit ein paar Tagen bin ich mir nicht mehr sicher. Seit ich diesen Artikel gelesen habe. Über die Frau, die auf einen Betrüger hereingefallen ist. Er hat ihr die große Liebe vorgespielt und wollte doch nur ihr Geld. Über einen Internetchat haben sich die Beiden kennengelernt. Ein Soldat. Im Krieg. Mit wenig Geld. Das kam mir alles so bekannt vor. Anfangs war ich vollkommen davon überzeugt: „Bei mir ist das anders.“ Doch der Zweifel war gesät und ist schnell zu einer Riesenplantage geworden, als ich mich weiter im Internet informierte. Love Scamming wird diese Masche genannt.

Mein Herz klopft lauthals in meiner Brust, als mein Handy klingelt. Ich muss es ansprechen. Es hilft alles nichts. Mei-

ne Hände sind eiskalt und zittern, als ich die vertraute Stimme höre. Er redet und fragt. Ich antworte und versuche, mir nichts anmerken zu lassen. Schnell lenke ich das Gespräch in die beabsichtigte Richtung: „Wie geht es deinen Kindern? Gibt es schon eine Lösung bezüglich der Arztrechnung?“ Am Ende der Leitung ist es kurz still geworden. „Den Jungs geht's gut. Sie haben sich erholt. Die Behandlung hat geholfen.“

„Das ist schön. Kann ich dir helfen? Brauchst du Geld?“ Nun kam ich zum Kern. Ich habe einen Plan.

„Claudi, du bist wirklich ein Engel. Habe ich dir das schon gesagt? Du kannst mir tatsächlich helfen.“

Fortsetzung auf Seite 22



Vitanas

# LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Kurz- und Langzeitpflege | Spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | JuP (Junge Pflege) | Probewohnen  
Mitbringen Ihrer privaten Möbel | Reinigungsservice für Ihre Wäsche  
Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung  
Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen  
Wir kochen täglich frisch für Sie

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.  
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**

Länger  
besser  
leben!

**Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark**  
Am Tierpark 6 | 17373 Ueckermünde  
☎ (039771) 201 - 0 | [www.vitanas.de/amtierpark](http://www.vitanas.de/amtierpark)

**Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark**  
Neustrelitzer Straße 40 | 17033 Neubrandenburg  
☎ (0395) 563 98 - 0 | [www.vitanas.de/amkulturpark](http://www.vitanas.de/amkulturpark)

**Vitanas Generationenhaus Am Kulturpark**  
Neustrelitzer Straße 28 | 17033 Neubrandenburg  
☎ (0395) 425 62 - 100 | [www.vitanas.de/amkulturpark](http://www.vitanas.de/amkulturpark)

Fortsetzung von Seite 20

Mein Herz zieht sich schmerzhaft zusammen. Nein! Bitte, nein. Ich zucke zusammen, als plötzlich die Haustür klingelt. „Okay, natürlich. Wie viel brauchst du?“, frage ich ihn und versuche, meine Stimme so normal wie möglich klingen zu lassen. Wie in Trance gehe ich zur Haustür und öffne sie. Meine Sinne und Gefühle sind völlig überfordert. Wut, Trauer, Enttäuschung, Argwohn, Schmerz. Und dann Unglaube, Sprachlosigkeit, Freude. „Zunächst einmal kannst du mich fest in deine Arme schließen“, höre ich es aus der Leitung. Und aus dem Hausflur. Da steht er. In Uniform und mit Haaren in alle Richtungen, als ob er sie tagelang nicht gekämmt hätte. Aber seine Augen strahlen.

Seit zwei Monaten sehen wir uns nun regelmäßig. Das Geldthema haben wir seitdem nicht wieder in den Mund genommen. Und es scheint auch nicht nötig. Die Riesenplantage ist fast restlos ausgerupft. Ein paar letzte Halme stehen noch. Die Zeit wird zeigen, ob diese endgültig durch Vertrauen beseitigt werden können.

N. Schönenberg

Das wahre Leben hält nicht immer ein Happy End bereit! Bleiben Sie achtsam! Überweisen Sie kein Geld an ausländische Konten! Betrüger haben viele Gesichter! Auch schöne.

Romance Scamming oder auch Love Scamming ist eine Art Heiratsschwindler-Betrug in der digitalen Welt. Was mit Briefen und Faxen begann, hat mit Hilfe des Internets ungeahnte Ausmaße an-

genommen. Der Liebesbetrug ist hierbei eine der perfidesten dieser unzähligen Maschen. Die Täter bringen die Geschädigten in eine emotionale Abhängigkeit und täuschen das Entstehen oder Vorhandensein einer Liebesbeziehung vor. Zum einen dauert es so länger, bis das Opfer den Betrug durchschaut, zum anderen ist die Scham der Geschädigten größer. Oft offenbart sich das Opfer nicht einmal dem eigenen sozialen Umfeld, geschweige denn der Polizei. Das Dunkelfeld ist kaum abschätzbar.

### Wie gehen die Täter vor?

Zunächst schaffen sich die meist westafrikanischen Täter auf diversen Online-Plattformen seriöse Profile. Mittels gestohlener Fotos (oft Models) geben sich die Herren als Ärzte, Ingenieure oder Soldaten und die Damen als Krankenschwestern, Stewardessen oder Lehrerinnen aus. Unter Bedienung sämtlicher Klischees werden phantastische Lebensläufe geschaffen.

In sozialen Netzwerken oder Online-Partnerbörsen begeben sich die Täter dann mit ihren Fake-Identitäten auf die Suche nach potentiellen Opfern. Dabei sprechen sie perfekt Englisch, teilweise Deutsch, wenn auch oft unter Zuhilfenahme teurer Übersetzungstools.

Schon nach kurzem Kontakt folgen ellenlange Liebeschwüre. Der eigentlich gut situierte Scammer gerät schließlich unschuldig in eine Notsituation und benötigt dabei die Hilfe seiner großen Liebe. Oft sollen auch Flugtickets erworben werden, um endlich die persönliche Begegnung möglich zu machen.

### Wie erkennen Sie einen Love-Scammer?

An den Bildern: Scamm-Frauen sind oftmals leicht bekleidet, Scamm-Männer häufig uniformiert.

An den Nachrichten: Schwülstige Liebeschwüre, Ausfragen.

An Verbindungen nach Westafrika / Russland / Südostasien.

An Bitten um Geld / Päckchen- oder Briefversand / Visum / gemeinsames Konto.

Tipp: Recherchieren Sie den Namen der Internetbekanntschaft mit dem Zusatz „Scammer“! In vielen Fällen können Sie dortige Treffer vor einem Betrug bewahren. Falls Sie über ein Bild verfügen, starten Sie die umgekehrte Bildersuche. Eventuell landen Sie bei Agenturfotos von Models oder erhalten Hinweise, dass diese Person bereits als Betrüger auffällig geworden ist.

### Was muss ich tun, wenn ich tatsächlich Opfer des Betrugs geworden bin?

Brechen Sie sofort jeglichen Kontakt ab. Blockieren Sie den Täter auf allen Kanälen. Ignorieren Sie sämtliche Forderungen des Scammers. Versuchen Sie, bereits geleistete Zahlungen über Ihre Bank rückgängig zu machen. Sichern Sie sämtliche Chatverläufe und Mails, speichern Sie diese ab. Heben Sie Überweisungsbelege auf. Erstellen Sie Anzeige bei der Polizei! Überwinden Sie Ihre mögliche Scham und gehen Sie zur Polizei. Hier sind derartige Fälle bestens bekannt und Ihnen kann Hilfe angeboten werden.

**Weitere Informationen zur Betrugsmasche Love Scamming erhalten Sie auf der Seite: [www.polizei-beratung.de](http://www.polizei-beratung.de)** ■

## ...und außerdem?

### Ratgeber zu Elektrorollstühlen, digitalen Helfern und Pedelecs

**An dieser Stelle sei auf drei Ratgeber aufmerksam gemacht, die unentbehrlich für die betroffenen Menschen sind:** Beim Verlag MOBITIPP in Burscheid im Bergischen Land (Nordrhein-Westfalen)

ist ein Ratgeber „Elektrorollstühle“ erschienen, der Empfehlungen und praktische Tipps zusammenfasst. Die komplexen Hilfsmittel verhelfen ihren Nutzern zu mehr Mobilität und Lebensqualität.

Antwort erhält der Leser auf Fragen, wie: Welche Grundmodelle gibt es, was unterscheidet sie und wie findet man das richtige? Nicht nur Nutzern und ihren Angehörigen hilft dieser Katalog wei-

ter, sondern auch Therapeuten, Querschnittszentren, Behörden und Sozialverbänden. Chefredakteur Volker Neumann schreibt dazu: „Als bei uns zum ersten Mal der Vorschlag aufkam, eine MOBIL-TIPP-Ausgabe über Elektrorollstühle zu machen, überwog zunächst die Skepsis. Der Verdacht kam auf, dies würde das schmalste Heft werden, das wir jemals gemacht haben. Doch schon bald wurde klar: So wird es nicht. Nun sind es fast 100 Seiten geworden – getreu unserem Motto: Ein Thema, Heft, 100 Prozent Information.“ 41 Modelle werden ausführlich erläutert.

Alle Neuigkeiten des Verlags sind auf der Internet- und Facebookseite sowie auf dem You-Tube-Kanal zu finden; [www.mobiltipp.de](http://www.mobiltipp.de)

„DigiBo-Magazin“ heißt eine Publikationsreihe, die von der Stiftung Medi-

enkompetenz Forum Südwest innerhalb der Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz in Ludwigshafen herausgegeben wird. Sie widerspiegelt das seit Oktober 2018 bestehende Projekt „DigiBo – Digital-Botschafterinnen und -Botschafter Rheinland-Pfalz“ und will bis 2021 ältere Menschen ohne Vorkenntnisse in die digitale Zukunft begleiten. In Heft 2 geben Expert\*innen leichtverständliche Tipps, wie Internet, Smartphone und Tablets den Alltag erleichtern können. Persönliche Geschichten und Erfahrungen machen Mut, Schritt für Schritt in die digitale Welt einzudringen, und dass sich „mit dem Hosentaschencomputer die Welt erleben“ lässt.

Die Online-Version findet sich in [www.digibo.rlp.de](http://www.digibo.rlp.de) Auch Heft 1 mit dem Titel „Lernen kennt kein Alter“ ist hier

einsehbar. Die Informationen reichen weit über die Region hinaus und dürften deshalb auch bei uns Resonanz finden.

Dritte Empfehlung: Der Verkehrsclub Deutschland e. V. in Berlin (VCD) hat ein vom Bundesverkehrsministerium gefördertes kostenloses Übungsheft „Sicher fahren mit dem Pedelec“ herausgebracht, das auf die Vorzüge von E-Rädern hinweist. In der Regel ist ein Pedelec schwerer und schneller als ein herkömmliches Fahrrad und hat andere Fahreigenschaften. Es sicher zu beherrschen ist der Zweck des Heftes, dem auch ein Fitnessplan für Neu-Einsteiger, Gelegenheits- und Alltagsradler beigegeben ist.

Bestellmöglichkeit: [www.vcd.org](http://www.vcd.org)

ric

## Ehrenamt unbürokratisch unterstützen

Die BAGSO hat sich dafür ausgesprochen, ehrenamtliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zu stärken und unbürokratisch zu unterstützen. Sie begrüßt deshalb die Initiative der Bundesregierung, eine Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt zu gründen. Deren Aufgabe müsse es sein, Engagement finanziell zu unterstützen – auch mit Klein- und Kleinstbeträgen.

Die BAGSO hebt die Bedeutung von hauptamtlichen Ansprechpartnerinnen und -partnern hervor, die Engagierten vor Ort zur Seite stehen.



Bewährte Angebote, die das Engagement Älterer unterstützen, müssten finanziell abgesichert werden. Und mit Blick auf die Generation der Babyboomer seien flexible Engagementformate zu schaffen.

Die Teilhabe von älteren Menschen, die von Armut betroffen sind, einen niedrigen Bildungsabschluss oder einen Migrationshintergrund

haben, bedürfe in besonderer Weise der Förderung. Weitere Infos: <https://www.bagso.de/publikationen/stellungnahme/gruendung-der-deutschen-engagementstiftung/> ■

## Freiheitsentziehung in der häuslichen Pflege

Die BAGSO und der Betreuungsgesichtstag (BGT) fordern, dass der Einsatz von freiheitsentziehenden Maßnahmen in der häuslichen Pflege mit höheren Hürden als bisher verbunden sein müsse. Auf keinen Fall dürfen Bettgitter und Fixiersysteme zur „Erleichterung der Pflege“ eingesetzt werden. Freiheitsentziehende Maßnahmen in der Pflege seien ein star-

ker Eingriff in die Menschenrechte von Schutzbedürftigen. In stationären Einrichtungen dürfen sie nur mit gerichtlicher Genehmigung eingesetzt werden. Für die häusliche Pflege gilt dies jedoch nicht.

Fixiersysteme und Bettgitter sind frei verkäuflich und werden auf Anordnung des Arztes von den Krankenkassen ohne weitere Auflagen bezahlt.

Der Einsatz von Fixiersystemen, bei denen die Bewegung von Armen, Beinen und Kopf mit Gurten unterbunden werden kann, ist mit einer hohen Verletzungsgefahr verbunden. Er bedarf daher der ständigen Aufsicht durch geschultes Personal, was in der häuslichen Pflege in der Regel nicht sichergestellt werden kann. ■

## Wohnen bezahlbar und altersgerecht

Bezahlbarer Wohnraum wird für viele Verbraucherinnen und Verbraucher bei angespannten Wohnungsmärkten immer mehr zur Mangelware. Das Problem betrifft auch viele ältere Men-

schen. Die BAGSO fordert zusammen mit zwölf weiteren Organisationen Reformen, um Wohnen wieder bezahlbar zu machen. In einem gemeinsamen Positionspapier formulieren sie kon-

krete Vorschläge, die auch das altersgerechte Wohnen einschließen. Abruflbar unter <https://www.bagso.de/spezial/aktuelles/detailansicht/reformen-fuer-bezahlbares-wohnen> ■

## Neuerscheinungen und Fachtagung auf YouTube

Eine Neuerscheinung ist das Themenheft „Gemeinsam statt einsam“. Es stellt über 50 Initiativen und Projekte vor, die sich gegen soziale Isolation und für die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen engagieren. Quelle sind die rund 600 Projekte, die sich 2018 beim BAGSO-Wettbewerb „Einsam? Zweisam? Gemeinsam!“ beworben hatten. Ob Besuchsdienste, Mittagstische, Nachbarschaftshilfen, gemeinsame Unternehmungen oder digitale Angebote – die Beispiele machen Mut, sich in diesem Themenfeld zu engagieren und ähnliche Initiativen vor Ort aufzubauen. Die

kostenfreie Bestellung ist möglich unter <https://www.bagso.de/publikationen/themenheft/gemeinsam-statt-einsam/> Unter dem Titel „Berufsende in Sicht?! Annäherung an eine neue Lebensphase“ hat die BAGSO einen neuen Ratgeber herausgegeben. Er beleuchtet die Veränderungen, die mit dem Wechsel von der langjährigen Berufstätigkeit in den sogenannten Ruhestand verbunden sind, und gibt zahlreiche Anregungen, wie diese neue Lebensphase nicht nur möglichst gesund, sondern auch sinnvoll und befriedigend gestaltet werden kann. <https://www.bagso.de/publi->

kationen/ratgeber/berufsende-in-sicht/

Erstmals kann eine Fachtagung der BAGSO als Mitschnitt im Internet angesehen werden. Die Vorträge der Veranstaltung vom 7. November 2019 sind auf dem YouTube-Kanal der BAGSO eingestellt. Thema der Fachtagung waren Zugangsmöglichkeiten älterer Menschen zu Bildung und digitalen Medien sowie die Arbeit am Achten Altersbericht der Bundesregierung „Ältere Menschen und Digitalisierung“. Abruflbar unter <https://www.bagso.de/veranstaltungen/gemeinsam-lernen-analog-und-digital/> ■

## Aktualisiert: Erste Schritte im Internet

Das Internet ist für die meisten aus ihrem Alltag nicht mehr wegzudenken. Und doch sind zwölf Millionen Menschen in Deutschland noch offline – die meisten von ihnen 50 Jahre und älter. Der kostenlose „Wegweiser durch die digitale Welt – für ältere Bürgerinnen und Bürger“ der BAGSO ist ein leicht verständlicher Ratgeber für alle, die erste Schritte ins Internet machen wollen oder dort bereits un-

terwegs sind. Die Broschüre von 2008 liegt nun überarbeitet und aktualisiert vor. Anschaulich zeigt er, welche unterschiedlichen Wege ins Internet führen, und gibt einen Überblick über die Möglichkeiten des Internets. Er beantwortet zahlreiche Fragen: Wie halte ich online den Kontakt zu meiner Familie? Wie kaufe ich im Internet eine Fahrkarte oder buche eine Reise? Und wie bewege ich mich sicher im Netz? Erstmals

finden sich Kapitel zu den Themen „Digitaler Nachlass“ und „Unterhaltung im Netz“. Der Ratgeber kann auch in einer Hörversion bestellt werden. Bezug: kostenlos über den Publikationsversand der Bundesregierung und im Internet. Per Post: Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, E-Mail: [publikationen@bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de); Tel.: 030 / 18 27 22 721, Fax: 030 / 18 10 27 22 721; [www.bagso.de/publikationen](http://www.bagso.de/publikationen) ■

### Aktionsplan bis 2020

In der kanadischen Provinz Ontario gibt es eine Stadt namens London. Dort wird die Zahl der über 65-Jährigen bis 2036 von gegenwärtig 64 000 auf voraussichtlich 103 000 steigen. Bereits 2013 gründete die Kommune ein Netzwerk und erarbeitete einen Aktionsplan für mehr Altersfreundlichkeit. Heute besteht das Netzwerk aus rund 250 Einzelmitgliedern und über 40 Organisationen, die konkrete Maßnahmen umsetzen. Verabschiedet wurde der Aktionsplan „Altersfreundliches London“, der bis 2020 läuft. Acht Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit einzelnen Aspekten, z. B. Mobilität, Wohnen, gesellschaftliche Teilhabe, Inklusion, kommunale Versorgung und Gesundheit. ■

# LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

## Kreissenorenbeirat: Vorsitzender wiedergewählt

Der Wahl des neuen Kreistags folgte im vergangenen Jahr die des Kreissenorenbeirats. Vereine, Organisationen und Parteien hatten aus ihren Reihen Kandidaten vorgeschlagen, die durch den Kreistag mit drei Gegenstimmen bestätigt wurden. Wie bereits in der vergangenen Legislaturperiode besteht der Beirat aus 15 Mitgliedern. Dem neuen Vorstand gehören fünf Mitglieder an: Rosemarie Thiele, Leonhard Bienert, Herbert Kautz, Dr. Hans Bluhm und Manfred Quägber. Einstimmig wiedergewählt als Vorsitzender wurde Herbert Kautz.

Schwerpunkte sind künftig die Zusammenarbeit mit dem Präsidium des Kreistags, die aktive Mitarbeit im Sozialausschuss und im Präventionsrat, die Gestaltung der Seniorenpolitik, Unterstüt-



Der neue Vorstand: von links Leonhard Bienert, Dr. Hans Bluhm, Herbert Kautz, Rosemarie Thiele und Manfred Quägber

Foto: Quägber

zung der Ämter, Städte und Gemeinden bei Senioren- und generationsübergreifenden Fragen, Unterstützung der Seniorenräte der Kommunen, die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen des Landesseniorenbeirats, Aktivitäten zur Ver-

besserung der Seniorensicherheit und Mitwirkung bei der Vorbereitung des 11. Altenparlaments. Unterstützung wird den Kommunen angeboten, die noch keinen Seniorenrat haben.

Manfred Quägber

# LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

## Vierte Pflegekonferenz: Wege in die Zukunft



Mehr als 70 Beteiligte aus Pflegediensten, Einrichtungen, vom Landkreis und aus dem Sozialministerium sprachen auf der 4. Pflegekonferenz des Landkreises am 27. Januar im Kreistagsaal in Grevesmühlen. Es ging um den Zustand und die Zukunft der Pflege in Nordwestmecklenburg.

Diese wird sich in den kommenden Jahren weiter wandeln: Stationäre Angebote werden zunehmend zur „letzten Möglichkeit“, häusliche Pflege wird stärker gefragt sein. Das Ministerium hat daher mit einem Leitfadenden Landkreisen und Gemeinden eine Anleitung zur Erstellung seniorenpolitischer Konzepte gegeben. „Menschen wollen zunehmend – solange

es geht – in den eigenen vier Wänden bleiben“, so Landrätin Kerstin Weiss in ihrem Grußwort. „Unsere Pflegestützpunkte werden bei der Bündelung von Beratungsangeboten dafür ein wichtiger Baustein sein.“

In Wismar und Grevesmühlen bieten die Stützpunkte eine neutrale Anlaufstelle für alle Fragen rund um die Pflege, die stetig ausgebaut wird. So ist eine Wohnberatung für Senioren in Planung, die dabei hilft, die eigenen vier Wände altersgerecht zu gestalten. Stefanie Herrmann und Manuela Steinhäuser berichteten von der Arbeit in den Pflegestützpunkten. Dort werden auch Landesprogramme, wie die „Nachbarschaftshilfe“, organisiert. Das neue Programm soll Helfer, die ältere Menschen in ihrem Umfeld zum Beispiel beim Einkaufen unterstützen, einen Anreiz von bis 125 Euro im Monat bieten. Die Kurse dafür werden

gut angenommen. Anmeldungen für Mai seien noch möglich. „Auch das Beratungsmobil, ehemals Gesundheitsmobil, soll die Beratungsangebote niedrigschwellig direkt vor die Haustür bringen“, ergänzte die Landrätin.

Aus dem Sozialministerium erklärte die Referatsleiterin für Seniorenpolitik, Claudia Ring, die neuen Konzepte und versprach weitere Unterstützung: „Wir haben im Landeshaushalt Mittel für die Kreise und Städte bereitgestellt, um Projektplanungen zu unterstützen. Außerdem arbeiten wir eng mit der Hochschule Neubrandenburg zusammen. Dass die Kommunen und Kreise nicht alles auf einmal schaffen werden ist klar – die Akteure müssen selbst Prioritäten setzen.“

Eine detaillierte Bestandsaufnahme der Pflegesituation im Landkreis gab

Fortsetzung auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

Dr. Dietrich Engels vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) aus Köln. Die gute Nachricht dabei: Nordwestmecklenburg liegt bei fast allen Angeboten über dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Allerdings gebe es auch noch Lücken: „Fünf Amtsbereiche haben noch keine Tagespflegeeinrichtungen. Hier sind die Träger aufgerufen, und über zusätzliche Standorte nachzudenken.“ Handlungsbedarf zeige sich ebenso beim Thema Ausbildung: „Während alle stationären Betreuungseinrichtungen, die wir befragt haben, selbst ausbilden, tun dies nur zwei von 14 befragten mobilen Pflegediensten.“ Generell müssten Pflegeberufe attraktiver werden und besser beworben werden. Zusatzleistungen, eine Anpassung der Löhne an den Bundesdurchschnitt und Werbung an Schulen schlage das ISG hier als Lösung vor.

Für 2040 sagt das Institut einen starken Anstieg im Bedarf an Pflegeleistungen voraus. Darauf müsse man sich mit dem Werben zusätzlicher Fachkräfte vorbereiten – auch im Ausland: So gebe es laut ISG zum Beispiel in Mexiko viele gut ausgebildete Pfl-



Teilnehmer der Pflegekonferenz

Foto: Karin Lechner

gekräfte und dennoch dort eine hohe Arbeitslosigkeit. Diese Chancen gelte es zu erkennen und zu nutzen.

Ganz neu ist der Schritt, die Pflegeangebote auch digital besser zugänglich zu machen: Johannes Nowack, Geodaten-Manager beim Landkreis, präsentierte eine digitale Karte, die auf dem Geodaten-Portal des Landkreises basiert: „Hier kann man sich interaktiv alle Pflegeangebote ansehen und auch nach Angebotsart filtern. Wir wollen damit leicht zugängliche und vollständige Informationen aus einer neutralen Quelle bieten, die keine finanziellen Hintergedanken hat.“ Ab Sommer soll das Portal über die Seite des Landkreises und auch auf Mobilgeräten zur Verfügung stehen. LK

Karin Lechner, die Vorsitzende des Kreis seniorenbeirats, übermittelte uns folgende Ergänzungen: Von 2013 bis 2018 stieg der Anteil der 75-Jährigen im Landkreis um 16 Prozent, und die Pflegebedürftigkeit nimmt zu. Bis 2030 werden acht Prozent behinderter Menschen auf Hilfe angewiesen sein. Von 100 Menschen werden nach der Statistik 3,2 betreut. Es gibt 40 ambulante Pflegedienste mit 638 Mitarbeitern (Stand: 2019). Die Versorgung der Betroffenen gestalte sich im östlichen Teil des Landkreises besser als im westlichen. Landesweit gebe es Sorgen bei der Kurzzeitpflege, bei der stationären Pflege, oft weit von zuhause entfernt, fehle das Personal. Beim betreuten Wohnen sei das Angebot in Nordwestmecklenburg gestiegen.

## Aus der Ferne leichter in die Stadt

In Gadebusch macht der Seniorenbeirat von sich reden. „Viele Dinge in der Stadt, die wir im Blick haben, laufen gut“, sagt die Vorsitzende Elli Brusch. Der Kontakt zu den Ämtern sei sehr gut. Die neue Auffahrt zum Osttor des Friedhofs sowie der Granzower Radweg gehen beispielsweise auf die Initiative des Beirats zurück. Zu den Wünschen in der Zukunft gehören: Kopfsteinpflaster durch Asphalt zu ersetzen, damit ältere Menschen gefahrlos auch mit Rollatoren zurechtkommen. Eine Stolperfalle gibt es vor dem Raiffeisenmarkt an der Rehnaer Straße, und in der Museumsanlage fehlt eine behindertengerechte Toilette. Ein weite-

res Thema ist: Möglichkeiten zu schaffen, dass Senioren aus entlegeneren Ortsteilen unkomplizierter in die Stadt und zurück kommen können.

Elli Brusch, Hans-Werner Stuth, Rita Selbke und Ingrid Manegold arbeiten in Ausschüssen der Stadtverwaltung mit. Der Seniorenbeirat, der einmal im Monat tagt, plant für den 4. Juni einen Seniorentag und im Oktober einen Senioren-Infotag. Aktualisiert ist kürzlich wieder der Senioren-Wegweiser erschienen, der bei Ärzten, in Apotheken sowie in den Ämtern ausliegt. Vorbereitungen laufen auch schon für das Jubiläum „800 Jahre Stadt Gadebusch“ 2025. ■



### Angeregt vom Seniorenbeirat:

Adventssingen der Dritt- und Viertklässler aus der Heinrich-Heine-Grundschule in der Stadtkirche. Im vergangenen Jahr fand es zum zweiten Mal statt, rund 60 Zuhörer kamen.

Foto: Elli Brusch

# LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

## Kreissenorenbeirat hat sich konstituiert

Im Zusammenhang mit der Kommunalwahl 2019 hat der neue Kreistag des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte auch die Mitglieder des Kreissenorenbeirats bestellt. Das Gremium besteht aus 17 Mitgliedern und arbeitet auf der Grundlage einer vom Kreistag beschlossenen Satzung. Nach der Bestellung wurde in der konstituierenden Sitzung der Vorstand neu gewählt. Vorsitzender ist Prof. Dr. Hans-Joachim Goetze, erster Stellvertreter Peter Lundershausen, zweiter Stellvertreter Horst Ungelenk. Schriftführerin: Frau Heidrun Pretzel, Kassenwartin: Dr. Ursula Schreier. *pl*



Von links: Horst Ungelenk, Dr. Ursula Schreier, Peter Lundershausen, Heidrun Pretzel, Prof. Dr. Hans-Joachim Goetze

## Zahlreiche Anregungen für Stadtvorhaben

Der Jahresabschluss 2019 und die Aufgabenstellung für 2020 bestimmten die letzte Sitzung des Seniorenbeirats Neubrandenburg im Vorjahr. Die demografische Entwicklung ist auch in der Vier-Tore-Stadt deutlich erkennbar: Der Anteil der Altersgruppe 65plus stieg innerhalb des jeweils dritten Quartals 2018 und 2019 von 25,46 auf 26,4 Prozent = 560 Personen, während der Bevölkerungsanteil insgesamt mit 181 Personen rückläufig war. Abfallend zeigt sich auch die Tendenz der erwerbsfähigen Bevölkerung (15

bis unter 65 Jahre): Sie ging im gleichen Zeitraum von 40 329 auf 39 667 Personen (minus 662) zurück (1,66 Prozent). Laut statistischen Hochrechnungen wird der Anteil der Altersgruppe 65plus bis 2030 auf 35 Prozent steigen. In elf Vorstands- und sieben Beiratssitzungen sowie an 22 Sprechtagen ging es um die Situation in Stadt, Kreis und Land. Dargelegt wurde die Stellung des Beirats zum Bau der Schwimmhalle, zur Segregation und zur Altersarmut in der Stadt. Er arbeitete im Begleitausschuss des Bundesprogramms

„Demokratie leben“ mit. Die Jubiläumsveranstaltung zum 25-jährigen Bestehen des Seniorenbeirats fand am 15. Mai statt. Umfangreich tätig waren die Arbeitsgruppen Bauen, Wohnen und Verkehr; Soziales, Gesundheit und Pflege sowie Öffentlichkeitsarbeit. Anregungen flossen in den Bau des Geh- und Radweges zwischen Augusta-Bad und Badehaus ein, ebenso zur Frage: Wieviel Seeblick braucht das Tollen-seufer? Auf der jährlichen Mitgliederversammlung wurde Günter Schult als Ehrenmitglied aufgenommen. ■

## Einsamkeit fördert Stress und ist ungesund

Auf einer der jüngsten Beiratssitzungen in Neubrandenburg referierte Dr. med. Rainer Kirchhefer vom Dietrich-Bonhoeffer-Klinikum zum Thema Einsamkeit aus medizinisch-psychologischer Sicht und erklärte, dass die Sym-

ptome von Einsamkeit im gleichen Gehirnareal wirken wie Schmerz und dass Einsamkeit ansteckend sein könne, Stress fördere und ungesund sei; das Risiko für Herzinfarkt und Schlaganfall erhöhe sich. Die Sozialberaterin Cor-

nelia Blatt vom Pflegestützpunkt der Stadt bewertete das Thema aus sozialer Sicht und verwies auf das Gesetz zur bezahlten Nachbarschaftshilfe, die es nun auch in unserem Bundesland gibt (siehe auch vorigen *Seniorenkurier*). ■

**Wie alt man geworden ist, sieht man an den Gesichtern derer, die man jung gekannt hat.**

*Heinrich Böll (1917-1985), deutscher Schriftsteller*

# LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

## Zielorientiert im Gespräch mit dem OB

„Ich komme jetzt regelmäßiger“, das waren die Worte von Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier auf der letzten Sitzung des Seniorengesamtbeirats in den Räumen des ASB. Darüber freuten sich alle Anwesenden. Eines der Themen war das seniorenpolitische Gesamtkonzept als eine Forderung des Seniorenbeirats. Dies wird auch vom Oberbürgermeister unterstützt. Der Anteil der Einwohner über 60 Jahre ist sehr hoch. Bei der Erarbeitung eines seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes sei Bayern schon weit fortgeschritten und habe deshalb eine Vorbildfunktion. Kontrovers diskutiert wurde Schwerin als Kulturstadt und die Bewerbung um den Titel „Weltkulturerbe“ – Schwerpunkte, die stets im Zusammenhang gesehen



*Gedankenaustausch am Rande der Beiratssitzung* Foto: Walter Heinrich

werden müssen. Eine gemeinsame Lösung ist deshalb sehr schwierig. Beklagt wurde, dass zu wenig Bänke und Toiletten im Stadtgebiet existieren. Dies müsse verändert werden. Der Oberbürgermeister versprach, sich darum zu kümmern. Eine weitere Aufgabe sei, preiswerten Wohnraum zu schaffen. Auch die

Sicherheit auf den Straßen müsse verbessert werden. Besonders ältere Menschen hätten Angst im Dunkeln auf Straßen und Plätzen. Die Ordnungsbehörde der Stadt und die Landespolizei sollten noch besser zusammenarbeiten.

Weitere Themen waren die Öffnung des Fernsehturms, der Betrieb der Gaststätte auf der Insel Kaninchenwerder sowie die Beseitigung des Militärschrotts aus dem 2. Weltkrieg aus den Schweriner Seen. Hier seien Land und Bund gefordert. Zur Sprache kam außerdem, dass Radfahrer häufig unvorsichtig fahren und Fußgänger, insbesondere ältere Menschen, gefährden. Das Gespräch mit dem Oberbürgermeister war sehr zielorientiert und hilfreich. Es soll zeitnah fortgesetzt werden. *Walter Heinrich*

## Mit Leidenschaft für eine gute Sache

**Deutschlands größter Sozialverband, der Sozialverband VdK, hat im vergangenen Jahr die Marke Zwei Millionen Mitglieder überschritten. In MV ist der VdK seit 1990 aktiv. Siegfried Schwinn und Jürgen Langner engagieren sich in Schwerin, dem größten Ortsverband des Landes, seit über zehn Jahren. In folgendem Interview geben sie Auskunft:**

### Warum ist der VdK so wichtig für die Menschen?

**Siegfried Schwinn, zugleich stellvertretender LSB-Vorsitzender:** Wir stellen uns dem Kampf für soziale Gerechtigkeit. Der VdK nimmt seine Aufgabe, für einen starken Sozialstaat einzutreten, ernst.

**Jürgen Langner:** Vielen Menschen fällt es immer schwerer, an soziale Leistungen zu gelangen, die ihnen zustehen. In den VdK-Sozialsprechstunden unterstützen wir beispielsweise bei Formularen und Anträgen.

### Was tut der VdK für Senioren?

**Siegfried Schwinn:** Senioren haben keine Lobby, obwohl durch den demo-



*Auch bei ernstesten Themen, wie Finanzbeschlüssen und dem Haushaltsplan des Jahres, verlieren der Schweriner VdK-Ortsverbandsvorsitzende Siegfried Schwinn (l.) und Schatzmeister Jürgen Langner nicht den Spaß.* Foto: Sozialverband VdK MV/flau

grafischen Wandel es immer mehr ältere Menschen gibt. Beispielsweise in Schwerin sind jetzt schon ein Drittel der gesamten Bevölkerung Senioren. Die Ortsverbände versuchen, durch interessante Veranstaltungen der drohenden Einsamkeit dieser Menschen entgegenzuwirken und ihnen zu helfen. Wir sind nah am Menschen und kennen ihre Probleme. Nichtsdestotrotz ist es beson-

ders toll, zwischen Generationen zu vermitteln, zum Beispiel mit unserer Kampagne #Rentefüralle, die sich nicht nur um diejenigen bemüht, die schon Rente beziehen, sondern sich für eine gerechte Rente für alle Menschen – ob jung oder alt – einsetzt.

**Jürgen Langner:** Wir suchen den Kontakt zu Leuten und halten diesen. So gratulieren wir zum Beispiel unseren älteren Mitgliedern persönlich zu Geburtstagen. Allein unser Ortsverband organisiert jedes Jahr ungefähr 150 Besuche.

### Der VdK ist nur durch ein bundesweit großes Netzwerk an ehrenamtlichen Helfern denkbar. Weshalb ist es eine gute Sache, sich im VdK zu engagieren?

**Siegfried Schwinn:** Wer nichts tut, kann nichts falsch machen. Wer sich mit Leidenschaft einer guten Sache widmet, hat auch Erfolg. Wir können zwar nicht mit Geld helfen, aber Mut machen und zuhören. Und wir freuen uns über jeden, der sich uns anschließt und uns durch Engagement unterstützt. ■

## Ich möchte für Andere da sein

„Seit dem 14. November darf ich mich Senior-Trainerin nennen“, schreibt Laima Möller im *Schweriner Turmblick*, der Stadtteilzeitung für den Großen Dreesch, Neu Zippendorf und das Mu-eßer Holz. „Dafür habe ich einen neun-tägigen Kurs im Schweriner Senioren-Büro absolviert. Das ist eine Ausbildung für Leute, die schon im Ruhestand sind, sich aber noch nicht völlig zur Ruhe setzen wollen. Es geht darum, auch im Alter noch aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Viele, so wie ich, bereiten sich mit dem Kurs schon auf den Ruhestand vor, um nach dem Berufsausstieg nicht in ein

Loch zu fallen.“ Laima Möller ist eine Unternehmerin mit Migrationshintergrund, die in der mecklenburgischen Hauptstadt ihre Heimat gefunden hat „In dem Kurs waren wir 14 Frauen und Männer aus ganz Mecklenburg-Vorpommern. Am Ende unserer Ausbildung hat jeder ein Projekt vorgestellt. Seniortrainer bedeutet nicht, dass man Sport im Seniorenheim anbietet oder den Rollstuhl schiebt.“ Die Ideen reichten vom „Pausenengel“ (Streitvermeidung in den Pausen an Grundschulen) über Lesepaten, Beratung zu Hilfsmitteln bei der Pflege, Zeitzeugen der Geschichte und jüdischen Stol-

persteinen bis zur Aktivierung der Gemeindepartnerschaft.

„Ich habe geplant, einmal im Monat (am Samstag oder Sonntag) einen Brunch mit gesundem Essen zu gestalten. Dazu soll es eine kulturelle Beilage geben: Zunächst im Stadtteiltreff ‚Eiskristall‘ in Neu Zippendorf, nach dessen Auszug an einem anderen Ort. Wer Lust hat, mich bei der Vorbereitung und Durchführung zu unterstützen, melde sich gern bei mir: [laimamoeller@t-online.de](mailto:laimamoeller@t-online.de). Ich bin außerdem Sachkundige Bürgerin der CDU/FDP in der Stadtvertretung.“

ric

## Was geschieht in der Seniorenresidenz?

Mit knapp zwei Dutzend „Geschichten aus der Seniorenresidenz“ macht der schreibende Schweriner Senior Werner Brauer (74) auf sich aufmerksam. Er hat beobachtet, wie Erna aus Hamburg und Alwin aus dem Rheinland in einer modernen Seniorenresidenz unweit der mecklenburgischen Ostseeküste zueinander finden – bis

schließlich zum gemeinsamen Auszug aus dem Heim. „Hier kennt jeder jeden mit Namen und natürlich mit den dazugehörigen Macken“, meint der Autor, und bringt Erlebnisse und Begebnisse in der Gemeinschaft Älterer zu Papier.

Im Stadtteiltreff „Eiskristall“ im Schwerin-Neu Zippendorf ludt er regelmä-

ßig zur „Lese-Ecke“ ein, in der Hobby-Autoren aus ihren Manuskripten und Veröffentlichungen lasen. Die 88 Seiten starke Publikation zwischen „Einblick“ und „Abschied“ ist beim Autor telefonisch unter 0385-5 50 82 28 oder per E-Mail [wuk.brauer@arcor.de](mailto:wuk.brauer@arcor.de) erhältlich.

ric

## Immer mehr Menschen gehen zur Tafel

Die Zahl der Menschen, die sich bei Tafeln mit Lebensmitteln versorgen, steigt immer weiter. Das ist auch in Schwerin nicht anders. Woche für Woche stehen die Menschen in der Petruskirche auf dem Großen Dreesch in der Schlange – für Brot und Butter, für Obst und Gemüse, für Joghurt oder mal für etwas Süßes für die Kinder. Armut wird „versteckt“ in das Mu-eßer Holz, einem Stadtteil, in dem die Trennung von sozialen Gruppen ganz besonders hoch ist. Und Probleme mit der Segregation sind in der Regel

auch mit ungleichen Lebenschancen verbunden.

Niedrige Renten oder Grundsicherung im Alter sind nach Langzeitarbeitslosigkeit der zweithäufigste Grund, weshalb Menschen auf die Tafel angewiesen sind. Und rund jeder vierte Kunde ist ein Rentner. Die Zahl der Rentner ist unter den Tafelkunden innerhalb eines Jahres um 20 Prozent auf 430.000 gestiegen, stand in der Tageszeitung zu lesen. Bundesweit gibt es mehr als 940 Tafeln, und neben der Hilfe für Bedürftige retten die Tafeln eigenen

Angaben zufolge viele tausend Tonnen Lebensmittel im Jahr. Betrieben werden die Tafeln von eigenen Vereinen in Verbindung mit Wohlfahrtsverbänden und Kirchen.

Es wird immer mehr verdrängt in der Gesellschaft, unter welchen Bedingungen viele Menschen leben. Niemand muss hungern, aber gerade ältere Menschen haben mir berichtet, dass sie im Winter die Heizung selten anstellen – aus Sorge, die Heizkostenabrechnung nicht mehr bezahlen zu können. *Siegfried Schwinn*

**Die Altersweisheit gibt es nicht. Wenn man altert, wird man nicht weise, sondern nur vorsichtig.**

*Ernest Hemingway (1899-1961), amerikanischer Journalist und Schriftsteller*



## LANDKREIS ROSTOCK

### Vier Mitglieder im Vorstand

Am 10. Februar wurde unter Leitung des Kreistagspräsidenten Veikko Hackendahl und des Landrats Sebastian Constien ein neuer Vorstand des Kreissenorenbeirats gewählt. Hackendahl hob dabei dessen Bedeutung gerade in der gegenwärtigen Zeit, da die Altersgruppe der Senioren ständig steigt, hervor. „Wir wissen, dass ohne Ihre ehrenamtliche Tätigkeit wir diese Probleme nicht bewältigen können, und wünschen dem Beirat für die Wahlperiode viel Erfolg und eine gute Zusammenarbeit mit den Fraktionen des Kreistags.“ Auch Constien bedankte

sich bei den Mitgliedern des alten Beirats und würdigte die gute Zusammenarbeit besonders mit dem Vorstand und seinem Vorsitzenden. Der Beirat habe in den letzten vier Jahren anspruchsvolle Mitgliederversammlungen durchgeführt und sich Wertschätzung erarbeitet. Für den neuen Kreissenorenbeirat berief der Kreistag 16 Bürger. Nach der Satzungsänderung besteht der neue Vorstand des Kreissenorenbeirats aus vier Mitgliedern. Gewählt wurden als Vorsitzender Jürgen Lorenz, als erste Stellvertreterin Ingrid Rambow, als zweite Stellvertreterin Brigitte Harprath und als Schriftführer Dr. Bernd Krumpolt. jl



Der neue Vorstand (v.l.n.r.): Dr. Bernd Krumpolt, Brigitte Harprath, Ingrid Rambow und Jürgen Lorenz

### Eine unterhaltsame „Aufholjagd“

Im vorigen *Seniorenkurier* unterstrich Monika Schmidt in ihrem Beitrag „Nicht zu alt für Smartphone und Internet“ (Seite 29), dass es einen hohen Bedarf an Erlangung von Medienkompetenz gebe und dazu der Einsatz von mehr ausgebildeten SilverSurfern erforderlich sei. Angeregt durch das Auftreten eines Vertreters des Europäischen Integrationszentrums Rostock (EIZ) auf dem 33. Kooperationstreffen des Landessenorenbeirats, absolvierte ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik Rostock der Partei DIE LINKE am EIZ die Ausbildung zum SilverSurfer. Unter seiner Anleitung erörtern Interessierte die Einsatzmöglichkeiten von Smartphone & Tablet und tauschen dabei ihre bisherigen Erfahrungen aus.

In der ersten Februarwoche trafen sich Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr. Schwerpunkte bildeten u. a. Datensicherheit, rechtliche Fragen, wie die Beachtung des Urheberrechts, sowie die Beurteilung der Seriosität von Inhalten des Internets.

Wer einmal die große Bereicherung durch die Nutzung des vor 15 Jahren ge-



Treffen der Mitglieder der AG Seniorenpolitik

Foto: AG Seniorenpolitik Rostock

gründeten Videoportals YouTube erfahren hat, möchte darauf nicht mehr verzichten. Zugleich sehen wir die damit verbundenen Gefahren. So wie manche SeniorInnen die Funktionalitäten ihres Smartphones von den Enkeln erläutert bekommen, so sind wir als die Älteren in der Lage und in der Verantwortung, der jüngeren Generation bei der Befähigung zur Quellen-Kritik zu helfen und somit umfassende Medienkompetenz zu erwerben, die davor schützt, sich in „Filterblasen“ und „Echokammern“ des Internets zu verfangen. Gern amüsieren wir uns, wenn etwa Dreijährige mit einem abgelegten Handy die Erwachsenen imitieren. Auf ihrem Weg dürfen wir die Heranwachsenden nicht allein las-

sen. Die Aufklärung über einen verantwortungsbewussten Umgang mit den modernen Medien sollte eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung sein, an der wir uns als Senior\*innen ebenso beteiligen.

Gute Gelegenheit, die eigenen Voraussetzungen dafür zu verbessern, bietet auch das durch das EIZ Rostock angebotene Computercafé für Seniorinnen und Senioren, jeweils am ersten Montag des Monats von 15 bis 16.30 Uhr im Europa-Haus, Mühlenstraße 9. Anmeldung ist erforderlich unter [www.eiz-rostock.de/veranstaltungen-eiz/](http://www.eiz-rostock.de/veranstaltungen-eiz/)

Klaus Röber  
Arbeitsgemeinschaft  
Seniorenpolitik Rostock

## Krakow: Was seit Dezember geschah



Gute Stimmung beim Tanzprogramm



Der Krakower Seniorenbeirat im Plenarsaal des Schweriner Schlosses

Wie in jedem Jahr, so fand auch diesmal in Krakow die gemeinsame Weihnachtsfeier von Seniorenbeirat und Ortsgruppe der Volkssolidarität statt. Ein Höhepunkt war das Kulturprogramm mit dem Entertainer und Trompeter Marko Schindler. Es gab Musik und Show aus den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, aber auch aktuelle Hits. Ein Tanzprogramm rundete den Nachmittag ab. Ein großes Dankeschön geht an alle Verantwortlichen, bis hin zu den Transportfahrern der Feuerwehr.

Ein weiterer Höhepunkt im Dezember: Wir besuchten das Schloss in Schwerin, den Landtag und zum Abschluss den Weihnachtsmarkt in der Landeshauptstadt.

Mit der letzten Vorstandssitzung im vergangenen Jahr werteten wir 2019 aus und konnten eine erste positive Bilanz ziehen. Am 13. Januar ging es um die Wettbewerbsunterlagen für den Wettbewerb Seniorenfreundliche Kommune 2020. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Sozialausschusses Lothar Fetzer stimmten wir Inhalte und Aufgaben für dieses Jahr ab. Im Mittelpunkt steht der zweite Seniorentag im Juni. Außerdem ging es um die zukünftige Zusammenarbeit. Dazu übergaben wir unsere Vorstellungen schriftlich.

Am Neujahrsempfang des Bürgermeisters nahmen zahlreiche Seniorinnen und Senioren teil. Eine große Wertschätzung war, dass die Seniorin-

nen Marlies Schlieker und Karola Poleratzki mit dem „Ehrenamtsdiplom“ des Sozialministeriums ausgezeichnet wurden.

Immer wieder gibt es Anfragen an den Seniorenbeirat, zum Beispiel zum Jörnbergareal, zum Bau der neuen Feierhalle und zur Stadtentwicklung. Dazu wurde Steffi Lucht vom Amt Krakow am See zur Seniorenbeiratssitzung Ende Januar eingeladen. Viele Fragen konnten beantwortet werden. Im Februar berichteten Herr Nath vom Pflegestützpunkt Güstrow und Frau Räthel vom Bestattungshaus Güstrow in der Synagoge über Aktuelles aus der Branche.

*Jürgen Poleratzki  
Ehrenamtsvorsitzender des SBR*

## LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

### Gastreferentin aus Schwerin

Im Rahmen der vierten Mitgliederversammlung 2019 fand die Wahl des Vorstands des Kreissenorenbeirats statt. Neun Kandidatinnen und Kandidaten bewarben sich um die acht Positionen. Bestätigt wurde als Vorsitzende Ilona Mundt-Schalk, neuer Stellvertreter ist Wolfgang Blasko, Schriftführerin Jutta Messer. Dem Vorstand gehören ebenfalls weiter an: Edeltraut Kinzel, Edwin Näth und Bernd Wagner, neu hinzugekom-



men sind Hanne Gutzmann und Doris Schmidt. Ilona Mundt-Schalk bedankte sich im Namen des gesamten Vorstands für das ausgesprochene Vertrauen und erläuterte die Arbeitsschwerpunkte für 2020.

Gastreferentin Helga Bomplitz, Vorsitzende des Landesrings MV des Deut-

schen Seniorenrings, sprach zum Thema „Wie weiter mit dem Seniorenpolitischen Gesamtkonzept?“. Hintergrund: Kleine und große Gemeinden benötigen verlässliche Strukturen, um auch älteren Menschen ein selbstbestimmtes und qualitatives Leben zu ermöglichen, denn der demografische Wandel stellt für die Landkreise, Städte und Gemeinden eine gesamt-

*Fortsetzung auf Seite 32*

Fortsetzung von Seite 31

gesellschaftliche Herausforderung dar. Die Referentin merkte kritisch an, dass die Landesregierung bereits seit vielen Jahren an seniorenpolitischen Konzepten arbeite, allerdings komme es auf deren Umsetzung an.

Unser Bundesland habe eine der höchsten Altersstrukturen. Nicht mehr erwerbstätig, bedeutet aber heute nicht, auch nicht mehr aktiv zu sein – im Gegenteil: Seniorinnen und Senioren engagieren sich in der Politik, im Ehrenamt oder in der Nachbarschaft. Gleichzeitig kennen aber viele Ältere bereits aus eigener Erfahrung die Situation, auf Hilfe und Pflege durch andere angewiesen zu sein. Für beide Gruppen müssen die Kommunen Angebote schaffen und Lösungen anbieten, um den älteren Bürgerinnen und Bürgern ein individuelles, selbstständiges und selbstbestimmtes Leben in ihrem sozialen Umfeld zu ermöglichen.

Die Städte, Ämter und Gemeinden haben mit der Handreichung „Nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren“ einen Leitfaden vom Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung erhalten, die es ihnen ermöglichen soll, das seniorenpolitische Gesamtkonzept an die Situation vor Ort anzugleichen, vorhandene Ressourcen auszuschöpfen und Instrumente zu entwickeln, die entsprechend der eigenen Möglichkeiten umgesetzt werden können. Über diese Handreichung wurde diskutiert. Die Aussagen der weiteren Gäste: Heidrun Dräger, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Ludwigslust-Parchim, und Barbara Borchardt, Vorsitzende des Ausschusses für Generationen, Soziales, Familie und Gesundheit des Kreistags, zur Situation im Landkreis rundeten das Bild ab.

Helga Bomplitz wies auf die Möglichkeit der Ausbildung von ehrenamtlich aktiven SeniorTrainerinnen und SeniorTrainern hin, die seit 2002 besteht. Weitere Informationen dazu gibt es



Neuer Vorstand des Kreissenorenbeirats: Wolfgang Blasko, Edeltraut Kinzel, Doris Schmid, Ilona Mundt-Schalk, Jutta Messer, Edwin Näth und Hanne Gutzmann (v.l.n.r.), nicht anwesend: Bernd Wagner



Mitglieder des Kreissenorenbeirats mit Koordinatorin Anett Nuklies



Theatergruppe des Seniorenbüros Schwerin führte „Weihnachten in der Senioren-WG“ auf.

auch im Seniorenbüro Schwerin. Aus diesem gestaltete die Theatergruppe unter der Leitung von Marianne Wörner mit dem Stück „Weihnachten

in der Senioren-WG“ den kulturellen und abschließenden Teil der Veranstaltung.

Anett Nuklies

## 20 Jahre und kein bisschen leise

Im September 1999 fasste die Stadtvertretung Ludwigslust auf Anregung des damaligen Bürgermeisters den Beschluss, einen Seniorenbeirat zu gründen. Damals wie heute müssen Bewerber 56 Jahre alt sein und ihren Lebensmittelpunkt in der Stadt haben. Zur ersten konstituierenden Sitzung am 16. Dezember 1999 waren 15 Mitglieder aus Verbänden, Vereinen und der Kirche bereit, im Seniorenbeirat mitzuarbeiten. Die Berufungszeit betrug drei Jahre, wurde aber zwischenzeitlich auf vier Jahre erhöht. Der

Seniorenbeirat sieht sich als Mittler zwischen den Senioren der Stadt mit ihren Ortsteilen und der Verwaltung. Immer mehr tritt die beratende Tätigkeit gegenüber der Verwaltung und der Politik in den Vordergrund. Bei wichtigen Bauvorhaben werden wir stets vor der Beschlussfassung der Ausschüsse und der Stadtvertretung vorher informiert und um Stellungnahme gebeten. Die Jahresberichte der vergangenen Jahre zeigen deutlich, dass man sich von Anfang an mit den Themen Straßenbau, altersgerechtes Wohnen, Barrierefreiheit und öffentlicher Nahverkehr beschäftigt. Die Mitarbeit im Kreissenorenbeirat und den regionalen Veranstaltungen des Landesseniorenbeirats geben Anregung, auch über den Tellerrand hinaus zu gucken. Es gab und gibt Erfahrungsaustausche mit den Seniorenbeiräten in Neustadt-Glewe, Boizenburg, Bad Doberan und Wismar. Den intensivsten Austausch gibt es mit dem Seniorenbeirat unserer Partnerstadt Ahrensburg.

Der Seniorenpass und der Cityplan für Senioren und Menschen mit Behinderungen gehören heute noch zu den Unterlagen, mit denen die Senioren der Stadt ausgestattet werden. Der Wegweiser für Senioren und Menschen mit Behinderungen in Taschenbuchformat wurde erarbeitet und wird auch heute



Mitglieder des Seniorenbeirats

Foto: Anke Ballhorn

gern genutzt. Hierbei entstanden auch unser eigenes Logo und Roll-Ups.

Ehrenamtsmessen, aber auch regionale Messen werden genutzt, um sich bekannt zu machen, Netzwerke zu knüpfen, Ideen zu sammeln, aber auch Sorgen und Probleme aufzusammeln, um diese an kompetenter Stelle klären zu können. Zu Fragen der Mobilität wurde vor Ort in den unterschiedlichen Stadtteilen mit den Anwohnern unter Teilnahme des Bürgermeisters oder seiner Vertreter erörtert, was vorhanden ist und was getan werden muss, um die Mobilität zu erhalten.

In der Schloßstraße wurden Querungen auf denkmalgeschütztem Grund gebaut und gern von allen Mitmenschen angenommen. Die Stadtbänke zu prüfen, ob diese seniorenrecht, standfest und für alle nutzbar sind, war eine weitere Aufgabe des Seniorenbeirats. Ebenso hilft der Beirat dabei, richtige Standorte zu wählen. Beim Neubau von Straßen und Wegen gehören die Bänke jetzt zum festen Bestandteil des Bauvorhabens. Mit unserem Straßenprojekt unterstützen wir die Verwaltung bei der Planung und Umsetzung der Straßen- und Wegekonzeption. Bisher wurde mehr als

die Hälfte der Straßen kontrolliert und dokumentiert.

Der Seniorentag und die Sportwoche bereichern das Leben in unserer Stadt. Die aktive Zusammenarbeit mit dem Jugendrat, Familien- und Integrationsbeirat sei noch erwähnt.

All das war Grund, die Seniorenarbeit der letzten 20 Jahre zu feiern. Seniorenarbeit bedeutet, sich einzusetzen für die Teilhabe aller Menschen, und erfordert Empathie, Integration und Inklusion. Im November waren die ehemaligen Mitglieder des Beirats, Unterstützer, Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Fraktionen unserer Stadtvertretung eingeladen, um mit uns diesen Anlass zu begehen. Die Viertklässler der Grundschule Tschentlin und die Rock-Pop-Schmiede Göhlen haben uns kulturell begleitet. Bei selbstgebackenem Kuchen konnte man in Erinnerungen schwelgen und sich nebenbei auch Bilder der Seniorenarbeit ansehen und neue Pläne schmieden. Auf dem Neujahrsempfang wurden die Mitglieder des Seniorenbeirats mit einer Ehrenurkunde der Stadt geehrt. Diese Wertschätzung ist gleichzeitig Ansporn, um unsere gesteckten Ziele weiter zu verfolgen.

Therese Holm

Vorsitzende des Seniorenbeirats

## „Kennen Sie noch den Blümchenkaffee?“

Mit einem Buch von Renate Bergmann, der Online-Omi, im Gepäck weilte die CDU-Landtagsabgeordnete Maika Friemann-Jennert und Präsidentin des DRK-Kreisverbands Ludwigslust im Seniorenheim „Concordia“ in Grabow. Sie schlüpfte in die Rolle von Renate Bergmann, die sich der Moderne nicht verweigert, aber auf humorige Art feststellt, dass viele Wörter aussterben, weil es die Dinge nicht mehr gibt. Worte als Teil unserer schönen Sprache, die die Enkel nicht mehr benutzen oder kennen.

Da gab es ordentlich was zu lachen, denn die anwesenden Damen und Herren erzählten prompt ihre eigenen Geschichten zu Blümchenkaffee, Bratkartoffelverhältnis, Hasenbrot, Flotter Lotte und Donnerbalken.

Der Renner war die mit Blüten besetzte Badekappe, von denen insbesondere die Damen zu erzählen hatten, dass sie gar fürchterlich ziepten, und wenn man unter Wasser kann, waren die Haare trotzdem nass. Eigentlich konnte niemand sagen, wozu diese Kopfbedeckungen gut waren. Bis Ende der achtziger Jahre in vielen Badeanstalten Pflicht wegen der noch nicht so ausgereiften



Mit Freude lauschen die Anwesenden den humorvollen Ausführungen von Maika Friemann-Jennert.

Foto: Carina Janzikowski

Filtertechnik, sieht man Badekappen heute eher noch im professionellen Schwimmsport, klärte Maika Friemann-Jennert in kleinen Episoden auf.

Auch die Konsummarken weckten Erinnerungen: Das ungeliebte Kleben der Marken in die vorgesehenen Heftchen, wobei das Kleben schon eine Sache für sich war, denn die Marken klebten nicht wirklich. Da musste Kittifix her, dessen Geruch einem nur bei der bloßen Vorstellung fast schon in der

Nase hing. Und das Plätteisen lockte so einige Anekdoten hervor, wie das verbrannte beste Kleid oder die versengte Hose von Tante Erna aus dem Westen. Am Ende gab es für die Seniorinnen und Senioren noch eine kleine Valentinsüberraschung von der Abgeordneten. Für die Teilnehmer war es eine gelungene Vormittagsgestaltung, und sie wünschten sich eine baldige Fortsetzung.

Carina Janzikowski

## Plates Seniorenbeirat setzt Info-Reihe fort

Bereits zur Tradition geworden sind die regelmäßig stattfindenden Informationsveranstaltungen des Seniorenbeirats der Gemeinde Plate. Anfang Februar fand die erste Veranstaltung in diesem Jahr zum Thema „Was brauchen Menschen mit Behinderung, um besser am Leben teilzuhaben?“ statt. Um diese Frage zu klären, luden die Senioren Oxana Nozov, Beraterin der EUTB Hagenow (Ergänzende unabhängige Teilhabeberatungsstelle), ein. „Es war eine sehr informative und gelungene Veranstaltung“, so das Fazit von Plates Seniorentainerin Doris Schmid, die sich federführend um die Organisation dieser Veranstal-



Ein Dankeschön für die Referentin

Foto: Madlen Spelling

tung gekümmert hatte. „Das Thema Barrierefreiheit geht uns letztlich alle etwas an. Auch wenn man selbst nicht davon betroffen ist, haben doch viele Angehörige oder Bekannte die eine oder andere Einschränkung. Daher fand ich es sehr interessant, einen

Überblick darüber zu erhalten, was Teilhabe für Menschen mit Behinderung grundsätzlich bedeutet.“

Das Beratungsangebot der EUTB ist unentgeltlich und umfasst unter anderem die Beratungsthemen Arbeit, Wohnen, Mobilität, Bildung und Freizeit. Der nächste Termin ist am 18. März von 14 bis 17.30 Uhr im „medienhaus:nord“ in Schwerin, Gutenbergstraße im Stadtteil Großer Dreesch. Neben einer Informationsveranstaltung gibt es auch Kreativangebote, Informationsstände zu Hilfsangeboten sowie Kaffee und Kuchen, betont Doris Schmid.

Madlen Spelling

# Deutschland ist viergeteilt

## Paritätischer Armutsbericht 2019: Neue Problemregionen auch im Westen

30 Jahre nach Mauerfall ist Deutschland ein regional und sozial tief zerklüftetes Land – so der Befund des aktuellen Armutsberichts des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Trotz eines erfreulichen Rückgangs der bundesweiten Armutsquote auf 15,5 Prozent (2018) zeichnen sich besorgniserregende Entwicklungen und neue Problemregionen auch in Westdeutschland ab. Der Verband spricht von einer Vierteilung Deutschlands und fordert einen Masterplan zur Armutsbeseitigung.

„Die Kluft zwischen Wohlstandsregionen auf der einen und Armutsregionen auf der anderen Seite wächst stetig und deutlich, und der Graben verläuft längst nicht mehr nur zwischen Ost und West“, so Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider. Dem wohlhabenden Süden (Bayern und Baden-Württemberg mit einer

Armutsquote von zusammen 11,8 Prozent), stehen Nordrhein-Westfalen mit einer Armutsquote von 18,1 und der Osten mit 17,5 Prozent gegenüber.

Der Verband untersucht in der Studie die Armutsentwicklung auf Länder- und Regionalebene. In 35 von 95 Regionen ist die Armut laut Bericht zwischen 2008 und 2018 gesunken, darunter überwiegend ostdeutsche Regionen. In gut einem Viertel aller Regionen ist die Armut im gleichen Zeitraum um mehr als 20 Prozent gestiegen. Das Ruhrgebiet bleibe mit einer Armutsquote von 21,1 Prozent bei 5,8 Millionen Einwohner\*innen Problemregion Nummer 1. Besonders schlecht stellt sich die Entwicklung auch in Hessen dar. Gehörte das Bundesland vor zehn Jahren noch zum wohlhabenden Süden, ist die Armut hier seitdem um 24 Prozent ge-

stiegen und damit so stark wie in keinem anderen Bundesland.

Der Paritätische weist auf die besondere Dynamik bei der Entwicklung von Altersarmut und der Armut Erwerbstätiger hin: Die Armut von Rentner\*innen sei in den letzten zehn Jahren um 33 Prozent und damit so stark wie bei keiner anderen Gruppe angestiegen. Von den erwachsenen Armen seien 29 Prozent in Rente und 32 Prozent erwerbstätig. Jedes fünfte Kind lebt in Armut. Der Verband fordert einen dedizierten Masterplan zur Armutsvermeidung, der die Politikfelder Arbeit, Wohnen, Alterssicherung, Pflege, Gesundheit, Familie, Bildung und Teilhabe umfasst. Weitere Infos und eine detaillierte Suchfunktion nach Postleitzahlen: [www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/armutsbericht](http://www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/armutsbericht). ■

# Kompromiss nicht kaputt machen

## Paritätischer fordert Union auf, Blockadehaltung aufzugeben

Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert die CDU und den deutschen Bundestag auf, das Gesetz zur Einführung einer Grundrente nicht zu blockieren. Sie sei ein wichtiger Schritt zur Reform der Alterssicherung. Der Verband wertet es als großen sozialpolitischen Fortschritt, Mindestsicherungselemente in das Rentensystem zu integrieren und dabei erstmalig auf eine möglichst unbürokratische Lösung zu setzen. Gleichwohl kritisiert er, dass die Hürden zur Erlangung der Grundrente noch deutlich zu hoch seien. Zudem fordert er Freibeträge auf Renteneinkommen für alle Altersgrund-

sicherungsbeziehenden unabhängig von den geleisteten Beitragsjahren.

„Die Grundrente geht in die richtige Richtung. Es wäre töricht, diesen mühsam errungenen Kompromiss jetzt mit kleinlichen Argumenten kaputt zu machen“, kritisiert Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider, „die Union muss sich einen Ruck geben.“ Bei aller Kritik, die man im Detail üben könne, dürfe nicht übersehen werden, dass das Grundrentenkonzept von Bundesarbeitsminister Heil erstmalig Türen aufstößt zu einer einfachen und unbürokratischen Mindestsicherung für alte Menschen mit kleinen Renten.

Der Paritätische fordert, das Gesetz nun zügig auf den Weg zu bringen. Er empfiehlt jedoch, über den automatischen Abgleich der Behörden hinaus auf jegliches Antragsprozedere zu verzichten. Armutspolitisch seien darüber hinaus deutliche Nachbesserungen unumgänglich. Dazu gehöre eine Ausweitung der Grundrente auf alle Rentenbeziehende mit geringem Einkommen. Auch sei der Freibetrag in der Sozialhilfe für alle Rentner\*innen vorzusehen und nicht nur für solche mit 33 und mehr Beitragsjahren.

*Gwendolyn Stilling*

***In einer Welt ohne Wahrheit hat die Freiheit kein Fundament mehr.***

*Robert M. W. Kempner (1899-1993), dt. Jurist und Publizist, stellvertretender US-Hauptankläger in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen 1945/46*

# Was ist mit den Heimbeiräten los?

BIVA kritisiert Abschottung / Vergleich mit den Niederlanden beim Budget

Mit der Absicht, Bewohnerververtretungen von Alten- und Behinderteneinrichtungen zu stärken, lud der Pflegebeauftragte der Bundesregierung, Staatssekretär Andreas Westerfellhaus, Beiratsmitglieder aus ganz Deutschland zu einer Informationsveranstaltung nach Berlin ein. „Bestehende Rechte endlich umsetzen“ sei der nächstliegende Schritt zur Stärkung dieser Gremien, mahnte Ulrike Kempchen an, Leiterin Recht des BIVA-Pflegeschutzbundes. Als Teilnehmerin des Podiums verwies sie dabei beispielhaft auf Nordrhein-Westfalen, wo zwar im Landesgesetz geregelt sei, dass Heime für die Kosten von Beiratsschulungen aufkommen müssten, aber nur ein Bruchteil der Einrichtungen diese Schulungen auch anbiete. Sie erwähnte auch Hamburg, wo festgelegt sei, dass die Mitgliedschaft von Beiräten in einem Interessenverband vom Heim übernommen werden müsse, aber dies so gut wie nie erfolge. Generell wurde die ungleiche Gesetzgebung in den Ländern bezüglich der Heimmitwirkung kritisiert.

Der BIVA-Pflegeschutzbund sieht sich durch die Veranstaltung in seiner Arbeit bestärkt. Die Unterstützung von Bewohnerververtretungen gehört seit seiner Gründung vor 45 Jahren zu einer der Kernaufgaben des Vereins. „Wir hoffen, dass die Politik diesen Bemühungen jetzt spürbaren Rückenwind verleiht“, sagt Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender des BIVA-Pflegeschutzbundes. Dass mehr als die Hälfte der Altenheime in Deutschland die direkte Kontaktaufnahme Außenstehender mit dem gewählten Bewohnerbeirat verhindern, diese Erfahrung machte der BIVA-Pflegeschutzbund im Rahmen einer Telefonaktion. 3.000 Einrichtungen in ganz Deutschland – knapp ein Viertel aller Heime – wurden angerufen, um den Namen des oder der Vorsitzenden des Bewohnerbeirats zu er-

fahren. Nur 42 Prozent gaben den Namen bekannt. Der BIVA-Pflegeschutzbund übt deutliche Kritik an dieser Praxis.

Er wollte die Beiratsvorsitzenden namentlich ansprechen, um ihnen die Teilnahme an einem Projekt vorzuschlagen, das von der Bundesregierung unterstützt wird. Zuvor hatte man erfahren müssen, dass an den Beirat adressierte Briefe sehr häufig nicht ankamen. Da die Namen der gewählten Vertreter – oder ersatzweise der Fürsprecher – auf kaum einer Website eines Heimes bekannt gemacht werden, griffen die Pflegeschützer nach dem Hörer und erklärten dabei auch den Grund für ihre Nachfrage.

Den Namen bewusst nicht genannt haben 52 Prozent der befragten Einrichtungen. Am häufigsten verwiesen die Angesprochenen auf den angeblichen Datenschutz. Andere behaupteten rundheraus, es bestünde kein Interesse an der Teilnahme am Projekt oder die Heimleitung selbst wolle das Schreiben an den Beirat weiterleiten. Außerdem erklärten 193 Einrichtungen (6,4 Prozent), sie verfügten über keinen

Beirat und keinen Fürsprecher, obwohl dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

Ein weiterer angeführter Grund: Man müsse den Beirat schützen, denn er bestünde nur aus demenziell Erkrankten. Deshalb fordert der Pflegeschutzbund bereits seit langem, dass Beiräte durch die Wahl von Externen oder Angehörigen gestärkt werden müssen. Doch diese Möglichkeit ist zwar in allen Landesheimgesetzen vorgesehen, wird aber nur von wenigen Heimen aktiv unterstützt.

Deutliche Kritik äußert der Vorsitzende des BIVA-Pflegeschutzbundes, Dr. Manfred Stegger, an dieser Praxis der faktischen Abschottung: „Statt Bewohnerinnen und Bewohnern die Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen, verhalten sich viele Einrichtungen ähnlich wie ‚totale Institutionen‘. Die Einrichtung maßt sich an, die Kontakte der Beiratsmitglieder zu steuern. Das bedeutet Schwächung und Entmündigung dieses Gremiums, das eigentlich selbstbewusst die Interessen der Bewohner gegenüber Leitung und Betreiber vertreten soll.“ Nicht selten werde sogar die Post für den Beirat vorab geöffnet, hebt Stegger hervor. „Wer Teilhabe anstrebt, muss ermöglichen, dass Vereine, Kommunalpolitiker oder engagierte Bürgerinnen und Bürger direkt Kontakt mit der Bewohnerschaft über den Beirat aufnehmen können.“

Der BIVA-Pflegeschutzbund fordert, dass die Namen der Beiräte und Fürsprecher – ähnlich wie die der Patientenfürsprecher in Krankenhäusern – verpflichtend auf den Webseiten der Häuser und in anderer geeigneter Weise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Ein weiteres viel diskutiertes Thema ist die Finanzierung. Bewohnerbeiräte in Altenheimen können ohne finanzielle Mittel ihre Rechte nicht wahrnehmen. Laut Gesetz dürfen sich Beiräte zwar zur Unterstützung ihrer Arbeit externe fachliche Beratung holen. Doch fehlt

## Jubiläum im Magazin

45 Jahre besteht der BIVA-Pflegeschutzbund. Dieser Fakt steht im Mittelpunkt des Jahresmagazins 2019, das kürzlich erschienen ist. Die Publikation der Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen in Bonn e. V., die zudem von der Stiftung Stark im Alter gefördert wird, blickt auf das Jahresthema „Verbraucherschutz in der Pflege“ zurück und nennt Beispiele aus dem ganzen Bundesgebiet. „Neuer Rückenwind für Beiräte“ ist ein Beitrag überschrieben, in dem es um die Stärkung der Bewohnerververtretung geht. Weitere Infos: [www.biva.de](http://www.biva.de) ■

ihnen dafür ein eigenes Budget. Der BIVA-Pflegebund verweist auf die Niederlande. Dort gehöre es zu den Aufgaben der Heimbetreiber, ein Budget mit den sogenannten Klientenräten auszuhandeln – ein Budget, das von diesen selbst verwaltet wird. Die Mitgliedschaft in einem Interessenverband, Schulungen und Beratungen sind darin selbstverständlich enthalten. Bewohnervertretungen können über die Ausgabe des Budgets selbstständig entscheiden. Der BIVA-Pflegeschutz-

bund fordert eine ähnliche Regelung auch in Deutschland, die den Beiräten in Altenheimen einen eigenen Handlungsspielraum eröffnet, ohne jedes Mal bei der Leitung als Bittsteller auftreten zu müssen. „Solange dies nicht geregelt ist, verfügen die Beiräte in Deutschland nur über Scheinrechte“, sagt Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender des BIVA-Pflegeschutzbunds.

Auch die *VdK-Zeitung* des Sozialverbands, die bereits im 74. Jahrgang erscheint, stellt in ihrer Februar-Ausgabe

die Bewohnerbeiräte in den Heimen in den Mittelpunkt und schreibt: „Wer in einer Pflegeeinrichtung lebt, fühlt sich oft abhängig und scheut deshalb davor zurück, Wünsche oder Kritik zu äußern.“ In Senioreneinrichtungen wird eine Bewohnervertretung für zwei, in Behinderteneinrichtungen für vier Jahre gewählt. Bewerben sich nicht genügend Kandidaten, können mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde auch weniger Mitglieder gewählt werden. ■

## Pflegekosten in Heimen viel zu hoch

### Senioren-Union der CDU fordert Deckelung des Eigenanteils

Angesichts der hohen und weiter steigenden Pflegekosten drängt der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU, Prof. Dr. Otto Wulff, auf eine Reform der Pflegeversicherung. „Die Unterbringung im Pflegeheim macht immer mehr Senioren zum Sozialfall“, kritisierte er in Berlin. Viele Senioren könnten den Eigenanteil von bundesweit durchschnittlich 1.900 Euro im Monat für Pflege, Unterbringung, Investitionen und Verpflegung im Heim mit ihrer Rente nicht tragen. „Deshalb brauchen wir eine Deckelung des Eigenanteils.“

Auch zahlreiche Träger von Pflegeheimen haben eine Begrenzung des Eigenanteils auf maximal 15 Prozent der durchschnittlichen Heimkosten von rund 3.000 Euro im Monat gefordert. Wulff erinnerte daran, dass sich die Zahl der Menschen in Heimbetreuung aufgrund der steigenden Lebenserwartung künftig deutlich erhöhen werde. Bereits heute leben von den 2,9 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland 27 Prozent in stationärer Pflege, 73 Prozent werden zu Hause versorgt.

Bereits im SK 01/2019 begrüßte der Vorsitzende des LSB im „Wort an die Leser“ entsprechende Initiativen verschiedener Vereine und Verbände bzw. Bundesländer. Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz hat dies im November letzten Jahres in Rostock ebenfalls erneut thematisiert. Im Januar dieses Jahres sind die Beiträge für viele Pflegeheimbewohner erneut nicht unerheblich gestiegen. Es ist nun an der Zeit, dass die Bundesregierung schnellstens annehmbare Lösungen anbietet. ■

## Pflegende Angehörige absichern

### Verbände fordern bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Berufstätig sein und Angehörige pflegen muss sich in Zukunft besser vereinbaren lassen: Teilzeitregelungen, Lohnersatzleistungen und Rückkehrgarantie, wie beim Elterngeld, müssen auch pflegende Familienmitglieder absichern. Diese und weitere Empfehlungen des Beirats der Bundesregierung für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf müssen nun schnell umgesetzt werden. Das fordern die im Beirat vertretenen Verbände BAGSO, wir.pflegen, Sozialverband Deutschland, Deutsche Alzheimer Gesellschaft und dbb be-

amtenbund und tarifunion. Die Empfehlungen sehen vor, dass pflegenden Angehörigen – so wie Eltern – ein Anspruch auf Lohnersatzleistung zusteht, wenn sie ihre Arbeitszeit reduzieren oder vorübergehend unterbrechen. Dieser Anspruch soll ab Pflegegrad 2 gelten und sich auf einen Zeitraum von bis zu 36 Monaten erstrecken. Ebenso wie berufstätige Eltern benötigen pflegende Angehörige einen Anspruch auf zehn arbeitsfreie Tage pro Jahr, um sich kurzfristig notwendigen Pflegeaufgaben widmen zu können.

„Jetzt muss die Bundesregierung handeln“, sagt BAGSO-Vorsitzender Franz Müntefering. „Die allermeisten Pflegebedürftigen werden von Familienangehörigen gepflegt. Viele von ihnen sind berufstätig. Sie dürfen nicht gezwungen werden, ihren Beruf aufzugeben, um zu pflegen. Die Gesellschaft darf pflegende Angehörige nicht allein lassen.“ Der Beirat der Bundesregierung für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wurde durch das Bundesfamilienministerium eingesetzt. ■

## Mehr Auszubildende in der Pflege

Ministerin Dr. Franziska Giffey hat eine bundesweite Kampagne gestartet

Um den Fachkräftebedarf in der Pflege in Zukunft decken zu können, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die „Ausbildungsoffensive Pflege“ ins Leben gerufen. Die dazu gehörige bundesweite Informations- und Öffentlichkeitskampagne „Mach Karriere als Mensch!“ begleitet den Beginn der neuen Pflegeausbildungen nach dem Pflegeberufegesetz ab Anfang 2020. Ministerin Dr. Franziska Giffey: „Die Motive sind modern und auffällig und sollen vor allem Jugendliche errei-

chen, die gerade in der Berufsorientierungsphase sind. Ansprechen wollen wir aber genauso Menschen mit dem Wunsch nach beruflicher Neuorientierung. Durch das neue Pflegeberufegesetz ab 2020 wird der Pflegeberuf noch attraktiver: Endlich wird das Schulgeld abgeschafft und überall in Deutschland eine angemessene Ausbildungsvergütung sichergestellt.“ Neben der Kampagne hat das Bundesfamilienministerium beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben das Beratungsteam,

das in ganz Deutschland in den Pflegegeschulen und Pflegeeinrichtungen informiert und berät, auf 40 Personen aufgestockt. Zu den Partnern gehören die in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege relevanten Akteure, wie Bund, Länder, Kommunen, Wohlfahrts-, Berufs- und Trägerverbände mit ihren rund 30.000 Mitgliedsinstitutionen, Sozialpartner, Kostenträger und die Bundesagentur für Arbeit. Weitere Infos: [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de) und [www.pflegeausbildung.net](http://www.pflegeausbildung.net). ■

## Spitzenverbände sehen Erfolg

Wohngeld steigt seit Januar um rund 30 Prozent

Das Wohngeldstärkungsgesetz, mit dem eine Erhöhung der Wohngeldleistungen einhergeht, ist am 1. Januar in Kraft getreten. Ab 2022 wird das Wohngeld dynamisiert und fortan regelmäßig an die eingetretene Miet- und Einkommensentwicklung angepasst. Damit wird einer seit langem von den kommunalen Spitzenverbänden erhobenen Forderung nachgekommen. Die letzte Wohngeldreform war 2016. Rund 550 000 Haushalte werden in diesem Jahr erwartet. Für

einen Zwei-Personen-Haushalt, der bereits vor der Reform Wohngeld erhielt, steigt das Wohngeld im Durchschnitt von prognostizierten 145 Euro monatlich (ohne Reform) um etwa 30 Prozent auf 190 Euro.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der parteipolitisch unabhängige kommunale Spitzenverband (StGB), begrüßt als kommunale Selbstverwaltung die Neuregelung. Damit werde zugleich der Anreiz verstärkt, das eigene Erwerbseinkommen

zu erhöhen, denn künftig wird zusätzliches Einkommen in geringerem Maße mit dem Wohngeld verrechnet. Die Höchstbeträge für die Miete beziehungsweise die Belastung für Eigentümer werden regional gestaffelt angehoben. Für besonders angespannte Wohnungsmärkte wird zudem eine neue Mietstufe VII eingeführt. Dadurch können Haushalte in Gemeinden und Kreisen mit besonders hohem Mietenniveau gezielt bei den Wohnkosten entlastet werden. ■

### Es gibt noch Möglichkeiten

Handwerker, Kunstschaffende, Journalisten, Unternehmerinnen – weit über vier Millionen Menschen in Deutschland sind selbstständig, und vielen von ihnen schwant, sie könnten im Alter mit sehr wenig Geld dasitzen, weil sie gar nicht oder schlecht vorgesorgt hatten. Dass dabei selbst die, die schon fast im Rentenalter angekommen sind, noch aktiv werden können, ist wenig bekannt. Im *Deutschlandfunk* stellten kürzlich Experten fest, dass auch Selbstständige zahlreiche Möglichkeiten haben, sich eine solide Rente zusammenzubauen.

Sie beantworteten Fragen wie Was bringt die staatliche Grundsicherung? Welche Ansprüche schlummern eventuell unerkannt in der gesetzlichen Altersvorsorge, die durch Ausbildungs- und Kindererziehungszeiten erworben wurden oder durch die Pflege der Eltern? Welche Geldanlage der privaten Rentenversicherer oder Banken eignet sich für welche Lebensphase? Und wann haben Immobilien als Altersvorsorge einen Sinn? Die Resonanz war gewaltig, das Hörertelefon stand nicht still.

dlf

# Ein Umdenken ist jetzt nötig

## Pflegegeld für Angehörige findet in einer Befragung große Zustimmung

Ein „Pflegegeld“ als Lohnersatz für Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, findet große Zustimmung in der Bevölkerung. Ähnlich wie Eltern beim Elterngeld würden berufstätige pflegende Angehörige einen Anspruch auf ein Pflegegeld erhalten. 89 Prozent von etwa 1700 gesellschaftlichen Stakeholdern – das sind Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen Interesse am Ausgang eines Prozesses haben – in verschiedenen Bereichen mit Bezug zum Gesundheitswesen befürworten eine solche Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige. Dies geht aus einer Online-Befragung des Forschungsbundes „Normen im demographischen

Wandel“ hervor, der von der Ethikerin Prof. Dr. Christiane Woopen, Universität Köln, geleitet wird.

„Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige können gesellschaftliche Wertschätzung ausdrücken und zusammen mit professioneller Unterstützung eine breitere Pflegebereitschaft fördern. Besonders Frauen würden davon profitieren, da sie noch immer den Großteil der Pflege leisten und dadurch in Einkommen und Rente benachteiligt werden“, sagt die Wissenschaftlerin.

Neben einem „Pflegegeld“ unterstützt eine große Mehrheit der Befragten die Forderung nach frühzeitiger professioneller Unterstützung von pflegenden

Angehörigen in häuslichen Pflegearrangements. Auch kommunale Beratung und Unterstützung bei Lebensübergängen sowie bei beginnender Pflegebedürftigkeit finden die Befragten wichtig. Ein Umdenken sei zudem in der gesundheitlichen Prävention notwendig: Diese müsse künftig auch hochaltrige sowie mehrfach und chronisch erkrankte Menschen einbeziehen. Ziel von Prävention sei dann nicht mehr Krankheitsvermeidung, sondern der möglichst lange Erhalt der Selbstständigkeit.

Weitere Infos: [https://ceres.uni-koeln.de/fileadmin/user\\_upload/Bilder/Dokumente/NoWa-Zwischenergebnisse.pdf](https://ceres.uni-koeln.de/fileadmin/user_upload/Bilder/Dokumente/NoWa-Zwischenergebnisse.pdf)

### IMPRESSUM

#### Herausgeber und

#### Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,  
Haus der Begegnung Schwerin,  
Perleberger Straße 22,  
19063 Schwerin,  
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,  
Fax: (0385) 5 55 89 61  
E-Mail: [lsb@landesseniorenbeirat-mv.de](mailto:lsb@landesseniorenbeirat-mv.de)  
[www.landesseniorenbeirat-mv.de](http://www.landesseniorenbeirat-mv.de)

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich  
Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für Arbeit,  
Gleichstellung und Soziales Mecklen-  
burg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht  
mit der Meinung der Redaktion überein-  
stimmen. Nachdruck mit Quellenangabe  
gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
15. Februar 2020; Redaktionsschluss  
für Nr. 2/2020: 15. Mai 2020

## Mummelgreise

Mummelgreise, grau und kalt,  
sind oft 70 Jahre alt.  
Waschen selten sich mit Seife,  
rauchen aus 'ner kalten Pfeife.  
Tragen meistens schäbige Hüte,  
schnupfen aus der Tabakstüte.

Oft auch ist die Frau gestorben,  
der Geschlechtstrieb ist verdorben,  
und zum Wässern lediglich  
dient der Schnibbeldiederich.

Zieht er dazu ihn heraus,  
geht der Strahl nicht geradeaus,  
und auch nicht in hohem Bogen  
wirft er seine Wasserwogen.

Nein, ganz langsam, halb im Schläfe,  
wie zum Ton der Äolsharfe,  
und in größter Seelenruh'  
wässert er sich auf die Schuh'.

*Wilhelm Busch (1832-1908)*



**Informieren Sie sich.  
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege  
Kurzzeitpflege  
Verhinderungspflege  
Urlaubspflege  
Betreutes Wohnen  
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine  
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre  
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen in der „Einkaufsquelle“, bei einem Besuch im „Residenzcafé“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegegraden.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens begleiten.



**Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin**

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

[www.wohnpark-zippendorf.de](http://www.wohnpark-zippendorf.de)